



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG
16. Wahlperiode

Drucksache **16/2151**
02.07.2008

B e r i c h t

der Investitionsbank 2007



Geschäftsbericht 2007



IB

Investitionsbank
Schleswig-Holstein

Ziele erkennen... **Zukunft gestalten**

Investitionsbank Schleswig-Holstein im Überblick

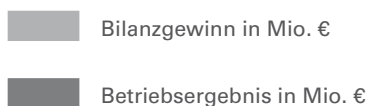
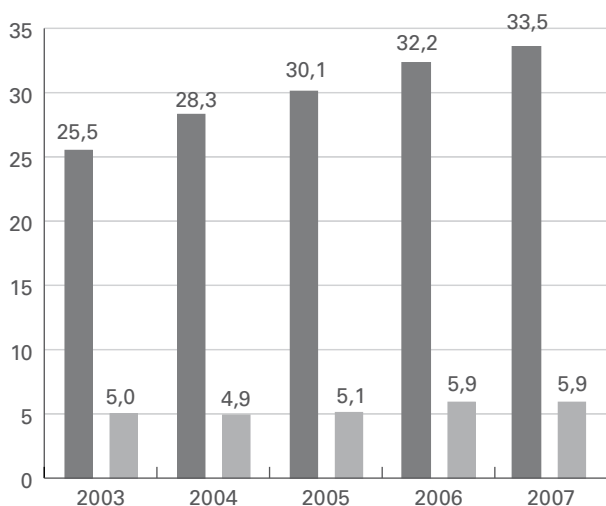
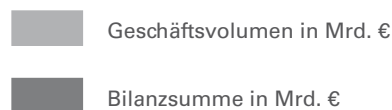
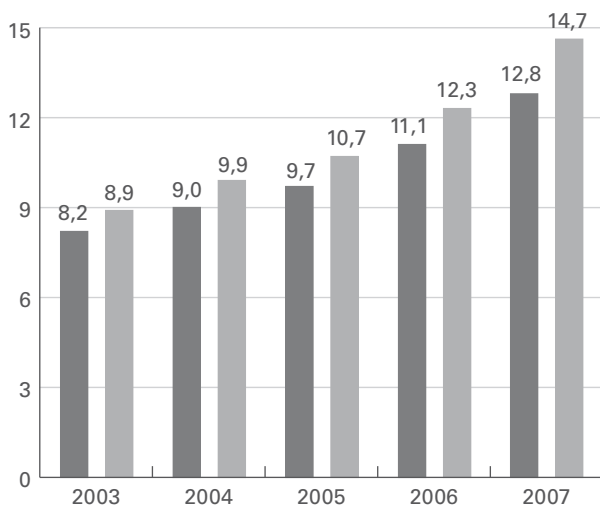
Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Träger der Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben

Als zentrales Förderinstitut unterstützen wir das Land Schleswig-Holstein in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Wir beraten in allen Förderfragen und vergeben Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Darüber hinaus bietet die IB eine Reihe von Spezialleistungen, wie z. B. durch die EU-Beratung und die IB-Förderlotsen.

Fördern, Finanzieren, Beraten – auf diesen Dreiklang setzt das Landesförderinstitut.



Inhalt

	Seite
Vorwort des Vorstands	2
Bericht der Gewährträgersammlung	4
Bericht des Verwaltungsrates	5
Highlights 2007	6
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	10
Unser Leistungsspektrum	14
Wirtschaft	16
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)	24
Immobilien	26
Kommunen	32
IB-Energieagentur	36
Öffentliche Infrastruktur/ ÖPP-Kompetenzzentrum	37
Arbeitsmarkt- und Strukturförderung	40
Bundesförderung	44
EU-Förderung/Euro Info Centre	47
INTERREG	49
Kulturengagement	55
Lagebericht	58
Bilanz	76
Gewinn- und Verlustrechnung	78
Anhang	79
Organe	85
Bestätigungsvermerk	87

Illustration

Diesen Geschäftsbericht illustrieren Werke der schleswig-holsteinischen Künstlerinnen Katharina Reinshagen-Heineke (Lübeck) und Brigitta Borchert (Molfsee).

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Geschäftspartner,

das Marktumfeld für die Banken wurde im abgelaufenen Jahr 2007 durch die Subprime-Krise in den USA stark in Mitleidenschaft gezogen. Trotzdem können wir auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Das Fördervolumen übertrifft nochmals die überaus positiven Zahlen des Vorjahres. Die deutlich gestiegene Nachfrage nach unseren Kreditprodukten bestätigt die wachsende Investitionstätigkeit und damit auch den Konjunkturaufschwung in Schleswig-Holstein. Mit einem Neugeschäftsvolumen von 1,84 Mrd. € konnten wir uns abermals gegenüber dem Vorjahr steigern und erzielten damit das beste Ergebnis seit Bestehen der Bank. Die IB ist nicht unmittelbar in Subprime-Produkte investiert, so dass diesbezüglich keine Wertberichtigungen erfolgen mussten. Darüber hinaus muss sich die IB natürlich – wie der gesamte Bankensektor – mit der Verunsicherung auf dem Geld- und Kapitalmarkt durch die Subprime-Krise auseinandersetzen.

Die Sparte Wirtschaft erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 177,5 Mio. €. Die Intensität der Zusammenarbeit mit den Hausbanken konnten wir deutlich steigern, was sich sowohl im Volumen als auch in der Anzahl der Neuanträge widerspiegelt. Weiterhin stark nachgefragt wurde die kostenlose Beratung durch die IB.Förderlotsen und die IB.GründerinnenBeratung. Mit diesem Ergebnis der Wirtschaftsförderung konnten wir erneut einen substantiellen Beitrag für die positive Entwicklung der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein leisten.

In der Sparte Immobilien wurde ein Neugeschäftsvolumen von 358,9 Mio. € erzielt. Durch die Änderung der Finanzierungsrichtlinien wurde die Soziale Wohnraumförderung deutlich attraktiver. Dies hat zu einem spürbaren Nachfrageschub geführt. In der Allgemeinen Wohnraumförderung gab es bei den KfW-Programmen zur Modernisierung und Sanierung eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden in der Allgemeinen Wohnraumförderung mit Produkten der IB rd. 2.000 Kunden beim Bau, Kauf oder bei der Modernisierung von Wohneigentum unterstützt. Mit den von der Städtebauförderung bewilligten Mitteln werden Städte und Gemeinden bei der Weiterentwicklung und wirtschaftlichen Stabilisierung von Innenstädten und Ortsteilzentren unterstützt.

Die Sparte Kommunen erzielte ein Neugeschäft von 817,8 Mio. €. Immer stärker rücken bei kommunalen Investitionsvorhaben die Folgekosten in den Vordergrund. Gerade für kleine und mittlere Kommunen hält die IB ein Angebotspaket aus Beratung, Finanzierung und Spezial-Know-how für Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP), Energieberatung sowie Projektmanagement bereit. Mit einem breiten Spektrum bietet die Energieagentur Lösungen an, wie Energiekosten dauerhaft gesenkt und das Klima nachhaltig geschützt werden kann.

Die auf uns übertragene Abwicklung der Förderung aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ und aus dem „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ für den Zeitraum 2007 bis 2013 untermauert den Status der IB als „Zentrales Förderinstitut des Landes“. Da die Programme neben Landesmitteln auch Mittel der EU enthalten, konzentriert sich damit weitere EU-Kompetenz in der IB. Organisatorisch führte dies zur Bildung der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung und der Organisationseinheit IB.Europa.

Der Bereich Bundesförderung erzielte ein Neugeschäft von 467,7 Mio. € und erreichte damit einen neuen Höchststand. Sehr positiv hat sich die Einführung der Global- und Einzelrefinanzierungen für Kreditinstitute ausgewirkt.

Für das entgegengebrachte Vertrauen unserer Kunden und die konstruktive Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern bedanken wir uns an dieser Stelle. Die Basis für das Erreichen der Unternehmensziele ist der Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ihnen sagen wir ebenfalls Dankeschön für viel Engagement. Die IB beschäftigte (zum 31.12.2007) 406 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



(v. l.) Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)
und Dr. Klaus Rave

Für das Jahr 2008 erwarten wir eine Fortsetzung des positiven Konjunkturverlaufs. Bei anhaltenden Turbulenzen an den Finanzmärkten ist jedoch eine gewisse Abschwächung der Dynamik nicht auszuschließen. Insgesamt rechnen wir im Kreditgeschäft mit einer weiterhin positiven Ertragsentwicklung. Im Bereich Wirtschaft wird erwartet, dass sich der neue EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II erfolgreich etablieren kann. Die Verabschiedung eines schleswig-holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes (SH-WoFG) befindet sich in Vorbereitung. Nach derzeitigem

Stand ist davon auszugehen, dass die Fördermittel in der Sozialen Wohnraumförderung dadurch weiter an Attraktivität gewinnen. Bei der Kundengruppe der kommunalnahen Unternehmen – speziell der Stadtwerke – ist durch die anstehenden Veränderungen wie fehlende Kraftwerkskapazitäten und auslaufende Konzessionsverträge weitere Nachfrage unserer Kompetenzen erkennbar.

Auch für das kommende Jahr gilt: Um die Kosten und Risiken unserer Arbeit selbst tragen zu können, müssen wir Erträge erwirtschaften. Als Förderbank mit zahlreichen strukturpolitischen und gemeinnützigen Aufgaben bleibt dies eine große Herausforderung. Wir sehen uns gut aufgestellt, die an uns gerichteten Erwartungen zum Wohle Schleswig-Holsteins zu erfüllen.

Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Klaus Rave

Bericht der Gewährträgersammlung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Die Gewährträgersammlung trat 2007 zweimal zusammen.

Am 3. Juni 2008 billigte die Gewährträgersammlung den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2007 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte die Gewährträgersammlung dem Vorstand und dem Verwaltungsrat die Entlastung für das Geschäftsjahr 2007 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands und des Verwaltungsrats über die Verwendung des Gewinns.

Kiel, 3. Juni 2008

Die Gewährträgersammlung der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Rainer Wiegard
(Vorsitzender)

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2007 viermal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht in seiner Sitzung am 3. Juni 2008 beraten. Einwendungen wurden nicht erhoben. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und der Lagebericht wurden der Gewährträgersammlung zur Feststellung empfohlen.

Dem Vorschlag des Vorstands an die Gewährträgersammlung über die Verwendung des Gewinns stimmte der Verwaltungsrat zu.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB für die im Jahr 2007 geleistete Arbeit.

Kiel, 3. Juni 2008
Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Arne Wulff
(Vorsitzender)



Ausschnitt aus „Saisonbeginn in Schloss Salza“ von Brigitta Borchert, 100 x 70 cm



Highlights

Bei der IB gleicht kein Tag dem anderen. Manche Anlässe verbinden wir jedoch mit besonderen Erinnerungen: die Highlights 2007.

Highlights 2007

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Frühjahr und Herbst **Baumessen**

Bauherren, Haus- und Wohnungskäufer und Modernisierer informieren sich über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten auf zahlreichen Baumessen im Land.

Frühjahr und Sommer **Erfahrungsaustausch**

Die IB ist Gastgeber für drei Veranstaltungen mit bundesweiter Relevanz: die Jahrestagung „Fördergeschäft“ und die Tagung der Personalleiter (beides Verband Öffentlicher Banken, VÖB) sowie die Tagung der Landeskreditanstalten und Förderinstitute.

17. Januar **„Sportstätten neu denken und gestalten“**



Fachleute diskutieren mit Vertretern von Sportstätten und Kommunen vor rund 200 Tagungsteilnehmern über die Zukunft des kommunalen Sportstättenbaus.

21. Januar **Sonderberatungstag am Sonntag in den IB.Büros**

Große Resonanz in den IB.Büros von Flensburg bis Schwarzenbek. Besonders

gefragt sind Informationen zur Sozialen Wohnraumförderung des Landes.

07. Februar **Tagung „Außenwirtschaftsfinanzierung“**



Gemeinsam mit den Geschäftsbanken, den Förderinstituten des Landes, der KfW und der Euler Hermes Kreditversicherung informieren wir mehr als 200 Gäste über die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten bei der Außenwirtschaftsfinanzierung.

20. März **Bilanz-Pressekonferenz**



Die IB blickt auf ein gutes Geschäftsjahr 2007 in einem schwierigen Marktumfeld zurück: Das Fördervolumen übertrifft nochmals die überaus positiven Zahlen des Vorjahres.

25. April **„Unternehmensnachfolge durch Frauen“**



Die Bundesweite Gründerinnenagentur bga und die IB zeigen in der Tagung Möglichkeiten auf, die sich durch eine Unternehmensnachfolge für die berufliche Selbständigkeit von Frauen ergeben.

25. April **IB.WEGfinanz**

Wohnungsverwalter informieren sich über unser neues Finanzierungsprodukt für Wohnungseigentümergemeinschaften.

26. April **JUNIOR**

Zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft veranstalten wir den Landeswettbewerb „Bestes JUNIOR-Unternehmen an schleswig-holsteinischen Schulen“. Der Landessieger „educards-4kids“ erreicht später Platz 3 beim Bundeswettbewerb.

07. Juni

Community Treff der Windenergiebranche

In Husum trifft sich die Windenergiebranche auf Einladung der windcomm Schleswig-Holstein, der CEwind und der IB. Gespräche, Kontakte und Netzwerke stehen bei den rund 120 Gästen im Mittelpunkt des Abends.

20. und 21. Juni

EXPANSION

Wir präsentieren unsere Dienstleistungen und Produkte im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes auf der Messe für Gewerbeimmobilien in Hamburg.

27. Juni bis 1. Juli

Kultursponsoring I: JazzBaltica



Als Hauptsponsor unterstützt die IB das bedeutsame Jazz-Festival.

18. Juli

Kooperation



Die schleswig-holsteinischen Förderinstitute Bürgschaftsbank, Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und IB unterzeichnen einen Kooperationsvertrag mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Im Fokus steht die Förderung des Mittelstands.

10. September und 27. November

Kultursponsoring II: Literaturhaus Schleswig-Holstein



Die Autoren Lars Brandt und Björn Kern lesen für Geschäftspartner sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB aus ihren aktuellen Büchern.

13. bis 18. September Nordbau, Neumünster

Zahlreiche Interessenten informieren sich auf der größten Baumesse Norddeutschlands an unserem

Messestand über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die eigenen vier Wände.

18. bis 22. September Husum Wind

Im Rahmen eines Gemeinschaftsstandes stellen wir den Besuchern der weltweit größten Windenergiemesse unsere Produkte und Dienstleistungen vor.

20. bis 23. September NORLA

Wir präsentieren den Fachbesuchern der landwirtschaftlichen Ausstellung in Rendsburg unser Förder- und Finanzierungsangebot am Messestand.

21. November „BSH goes IB“

Die bisherige erfolgreiche Arbeit der Beratungsgesellschaft für Beschäftigung (BSH) mbH wird seit 2007 unter dem Dach der IB mit dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ fortgesetzt. Unsere Geschäftspartner informieren sich über die aus den neuen Strukturen resultierenden Synergieeffekte.

Während des ganzen Jahres Von der Existenzgründung bis zum Unternehmen

Bei zahlreichen Veranstaltungen stellen unsere Fachleute Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten vor – für Existenzgründungsinteressierte und bestehende Unternehmen.



Ausschnitt aus „In der Kantine“ von Brigitta Borchert, 29 x 21 cm



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Basis für das Erreichen der Unternehmensziele ist der Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit den in 2007 erarbeiteten Führungsleitsätzen und den Grundsätzen der Zusammenarbeit ergänzen wir unsere Unternehmenskultur um zwei weitere Facetten. Der erste Frauenförderplan der IB soll Chancengleichheit sicherstellen.



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Personalstruktur

Am Stichtag 31. Dezember 2007 waren 354,92 Vollzeitkräfte in unserer Bank beschäftigt. Der im Vergleich zum Vorjahr (363,06 Vollzeitkräfte) zu verzeichnende Personalabgang liegt in der Umsetzung durchgeführter Prozessanalysen und einer natürlichen Fluktuation begründet. Mit drei Beschäftigten wurden in 2007 Vorruhestandsvereinbarungen abgeschlossen, zwei Beschäftigte traten in 2007 in die Freistellungsphase der Alterszeit ein.

Leitbild

Die Unternehmensphilosophie der IB ist durch ihre Unternehmensleitsätze, ihre Führungsleitsätze und ihre Grundsätze der Zusammenarbeit geprägt. In 2007 wurden die Führungsleitsätze und die Grundsätze der Zusammenarbeit in einem Arbeitskreis als zusätzliches personalwirtschaftliches Führungsinstrument von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlichster Hierarchiestufen und aus allen Bereichen erarbeitet.

Ausbildung

Die Bank bietet bedarfsorientiert folgende Ausbildungen an: Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science. Die Bachelor-Studiengänge finden als duale Ausbildung mit der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein statt. Erstmals wird der Studiengang Bachelor of Arts ab 2008 auch als triale Ausbildung mit der Fachhochschule Westküste angeboten. Hinter dem Begriff „Triales Modell“ verbirgt sich die Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und Hochschule. Auch im Geschäftsjahr 2007 konnten wir – wie im Vorjahr – unsere Auszubildenden nach Ende ihrer Ausbildungszeit in ein Beschäftigungsverhältnis übernehmen.

Wir bieten Studentinnen und Studenten in verschiedenen Bereichen der Bank Praktikums- und Diplomarbeitsplätze an. Hochschulqualifizierte Berufsanfänger können bei uns eine Traineeausbildung in verschiedenen Fachabteilungen durchlaufen. Darüber hinaus bieten wir Rechtsreferendaren die Möglichkeit, ihre Verwaltungs- und Wahlstation in der Bank zu absolvieren.

Personalentwicklung

Die berufliche und persönliche Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genießt einen hohen Stellenwert und wird von den Programmen „PET – Personalentwicklungstage“ und „Potentialträgerprogramm“ (in Kooperation mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein) in der Bank unterstützt.

Frauenförderplan

Erstmals wurde in Zusammenarbeit mit dem Vorstand, dem Personalbereich, der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Personalvertretung im vierten Quartal 2007 der erste Frauenförderplan der Investitionsbank Schleswig-Holstein erstellt. Er dient als Instrument zur Sicherstellung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Mit der Aufstellung von Handlungsfeldern und -möglichkeiten, der Festlegung von Zielvorgaben für die Bank sowie einem Maßnahmenkatalog wird die Bedeutung dieses Themas für die Bank unterstrichen. Ziel ist es, eine Ausgewogenheit des Frauenanteils über alle Funktionen, Gehaltsgruppen und Führungsebenen zu erreichen. Dazu nutzt die Bank Instrumente der Stellenbesetzung, der Personalentwicklung sowie des Personalcontrollings. Im regelmäßigen Turnus wird die Wirkung des Frauenförderplans überprüft und veränderten Rahmenbedingungen angepasst.

Unterstützung für „Schüler helfen Leben“

Im Rahmen der Aktion „Sozialer Tag“ unterstützte die Bank die Initiative „Schüler helfen Leben“. Zehn engagierte Jugendliche halfen in den verschiedensten Bereichen der Bank aus und spendeten ihren verdienten Lohn für Jugendprojekte in Südosteuropa.

Familienfreundliche Personalpolitik

Die Vereinbarung von Beruf und Familie ist für die Bank ein zentrales Thema der Personalpolitik. Aus diesem Grunde engagiert sich die Bank in der Initiative „Familienfreundlichkeit als Standortfaktor“ der Landeshauptstadt Kiel. Eine in 2006 durchgeführte Mitarbeiterbefragung war der Anlass, das schon umfangreiche Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen auszuweiten. So bieten wir seit Februar 2007 die Möglichkeit der Kinderbetreuung im Notfall an. Die bis zum Berichtszeitpunkt zu verzeichnende Inanspruchnahme der Notfall-Kinderbetreuung zeigt, dass dieses Angebot gut von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen wird. Eine im vierten Quartal neu verabschiedete Dienstvereinbarung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beinhaltet darüber hinaus verbindliche Regelungen, die zu mehr Planungssicherheit sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch für die Bank führen. Erstmals wurden auch die heute immer mehr an Bedeutung gewinnenden Themen „Betreuung von älteren oder erkrankten Angehörigen“ sowie „familiäre Ausnahmesituationen“ in die neuen Regelungen aufgenommen.

Rauchfreie IB

Mit dem Ziel des Schutzes und der Erhaltung der Gesundheit aller Beschäftigten hat der Arbeitskreis Gesundheit – bestehend aus Vertretern der Bank, des Personalrates und den Verantwortlichen der Gesundheitsvorsorge – eine Dienstvereinbarung zum Nichtraucherschutz erarbeitet. Insbesondere sollen mit dieser Regelung die nichtrauchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor den Gefahren des Rauchens bzw. des Passivrauchens geschützt werden. Seit Mitte Mai 2007 besteht ein Rauchverbot für alle Standorte in allen Gebäuden und Räumen der IB. Gleichzeitig unterstützt die Bank im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements von den Krankenkassen anerkannte Angebote für Ausstiegshilfen zur Raucherentwöhnung sowie Beratungen durch die Betriebsärztin.

Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Das Engagement und die Leistung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben maßgeblich zum Erfolg der Bank beigetragen. Dafür sagen wir ein herzliches Dankeschön. Auch dem Personalrat und unseren Gleichstellungsbeauftragten ist für die partnerschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit zu danken. Wir freuen uns auf ein weiteres vertrauensvolles Zusammenwirken zum Wohl unserer Bank im Jahr 2008.



Unser Leistungsspektrum 2008 (Stand 01. Juni 2008)

Wirtschaft

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ IB.Förderlotsen
- ▶ IB.GründerinnenBeratung
- ▶ Beratung bei der Entwicklung und Realisierung von Wind-, Bioenergie-, Solar-, Photovoltaik-Projekten

Kredite für Firmenkunden

- ▶ Kredite für
 - ▶ Investitionen
 - ▶ Vorräte und Forderungen
 - ▶ Forschungs- und Entwicklungsvorhaben
 - ▶ außenwirtschaftliche Aktivitäten
 - ▶ Nachfolgeregelungen
 - ▶ Umweltmaßnahmen
 - ▶ Projekte im Bereich regenerativer Energien
- ▶ „IB.KMUDirekt“ (Direktkredite für Unternehmensfestigungen)
- ▶ Refinanzierung von Beteiligungsgesellschaften

Kredite für Existenzgründungen

- ▶ „Starthilfe Schleswig-Holstein“ (Direktkredite für Existenzgründungen)

Beteiligungskapital für Unternehmen

- ▶ Sonderdarlehen mit eigenkapitalähnlichem Charakter
- ▶ MBG-Beteiligungen
- ▶ EFRE-Risikokapital-Fonds
- ▶ Seed- und Start-up-Fonds

Zuschüsse

- ▶ Informationen zu öffentlichen Förderungen finden Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung unter „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und „Weitere Förderprogramme“

Immobilien/Städtebauförderung

Beratung und Dienstleistungen

- ▶ Finanzierungsberatung
- ▶ Energetische und finanzwirtschaftliche Beratung im Mietwohnungsbereich (IB.ImmobilienCheck)
- ▶ Beratung mit Hilfe der dynamischen Investitionsrechnung
- ▶ Betreuung von Wohnungseigentümergeinschaften (WEG) bei Finanzierung mit KfW-Mitteln (IB.WEGfinanz)

Soziale Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

Baudarlehen für

- ▶ Neubau, Ausbau und Erweiterung und die Modernisierung von Mietwohnungen
- ▶ Erwerb von Belegungsrechten an bestehendem Wohnraum
- ▶ Erwerb bestehender Wohnungen durch neu zu gründende oder auszugründende Wohnungsgenossenschaften

Eigentumsmaßnahmen

Baudarlehen für

- ▶ Neubau und Erwerb von selbst genutztem Wohnraum
- ▶ Änderung oder Erweiterung von Gebäuden zur Schaffung von selbst genutztem Wohnraum oder für behindertengerechtes Wohnen
- ▶ Gruppenselbsthilfemaßnahmen

Allgemeine Wohnraumförderung

Mietwohnungsbau

Baudarlehen im Rahmen folgender Kreditprogramme

- ▶ IB.ImmoFlex
- ▶ IB.StadtInMode
- ▶ Kooperationsdarlehen
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (= Ökologisch Bauen, Wohnraum Modernisieren, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm, Solarstrom Erzeugen)

Eigentumsmaßnahmen

Baudarlehen im Rahmen folgender Kreditprogramme

- ▶ IB.ImmoFlex
- ▶ IB.ImmoKonstant24
- ▶ Vergabe von KfW-Darlehen für wohnwirtschaftliche Investitionen (= Wohneigentumsprogramm, Ökologisch Bauen, Wohnraum Modernisieren, CO₂-Gebäude-Sanierungsprogramm, Solarstrom Erzeugen)

Städtebauförderung

- ▶ Sanierung und Entwicklung
- ▶ Soziale Stadt
- ▶ Stadtbau West
- ▶ Landesprogramm 2006–2009

Spezialleistungen

Kreditinstitute

- ▶ Beratung über die Anwendungsmöglichkeiten aller Förderprogramme der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR)
- ▶ Durchleitung von Bundesfördermitteln der KfW und LR an die Sparkassen (Zentralbank)
- ▶ Zweckgebundene Refinanzierung von Kreditinstituten (Globaldarlehen, Einzelrefinanzierungen) und Kapitalbeteiligungsgesellschaften

IB.Europa

Enterprise Europe Network Hamburg Schleswig-Holstein

- ▶ Beratung über EU-Förderprogramme und -Initiativen
- ▶ Unterstützung bei der Antragstellung und Projektentwicklung
- ▶ Unterstützung von Unternehmen bei ihren Internationalisierungsaktivitäten
- ▶ Information über EU-Themen (z.B. Eurobrief)

IB.Repräsentanz Brüssel

- ▶ Bedarfsorientierte aktuelle Information aus den EU-Institutionen sowie Kontaktvermittlung und Interessenvertretung in Brüssel

EU-Programme zur territorialen Zusammenarbeit

- ▶ EU-Ostseeprogramm (Baltic Sea Region Programme 2007–2013)
- ▶ Interregional Cooperation Programme 2007–2013 (INTERREG IVC) – Info Point North
- ▶ Abwicklung laufender INTERREG Programme (INTERREG III B Ostsee, INTERREG IIIC North)
- ▶ South Baltic Cooperation Programme 2007–2013 – Contact Point

Projektmanagement

- ▶ Beratung in Entscheidungsprozessen bei komplexen Vorhaben
- ▶ Einzelfallbezogene Prozessbegleitung
- ▶ Koordination und Unterstützung in öffentlichen Ausschreibungsverfahren
- ▶ Darstellung von Handlungsalternativen

Kommunen

Kredite an Kommunen und kommunalnahe Unternehmen

- ▶ Zinsgünstige Kommunal-kredite
- ▶ Kredite an Unternehmen mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung
- ▶ Kredite aus dem Kommunalen Investitionsfonds an Kommunen

Infrastrukturfinanzierungen

- ▶ Finanzierungen im Rahmen von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP)
 - ▶ Darlehen an Kommunen und Unternehmen
 - ▶ Forderungsverkauf (Forfaitierungsmodelle)
 - ▶ Projektfinanzierung

Beratung und Dienstleistungen

ÖPP-Kompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein in der IB

- ▶ Praxisnahe Informationen für Öffentlich-Private-Partnerschaften
- ▶ Entwicklung und Optimierung von Lösungs- und Finanzierungskonzepten, ÖPP-Eignungstest
- ▶ Ganzheitliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
- ▶ Wirtschafts- und Finanzierungsberatung im ÖPP-Vergabeverfahren

Öffentliche Baumaßnahmen und Gebäudemanagement

- ▶ Vergleich und Bewertung unterschiedlicher Umsetzungsvarianten (Neubau, Sanierung, Eigenrealisierung, ÖPP) und Folgekostenbetrachtung
- ▶ Erstellung von Sanierungs-, Neubau- oder Erweiterungskonzepten mit Energieeinsparungsmaßnahmen, Maßnahmenkatalogen und langfristigen Finanzierungskonzepten

Projektmanagement

- ▶ Neutrale und kompetente Moderation in Entscheidungsprozessen bei komplexen kommunalen Vorhaben

Energiemanagement und Erneuerbare Energien/ Energieagentur

- ▶ Einführung, Begleitung, Schulung
- ▶ Internetgestütztes Energiecontrolling (IB.EnergieCheck)
- ▶ Stromeinsparung in öffentlichen Gebäuden
- ▶ Wärmetechnische Gebäudesanierung
- ▶ Energiepass für öffentliche Gebäude
- ▶ Beratung und Unterstützung bei
 - ▶ Windenergie- und Bioenergieprojekten
 - ▶ thermischen Solaranlagen und Photovoltaikprojekten
 - ▶ Integration, Finanzierung und Betrieb von Blockheizkraftwerken
 - ▶ Ausschreibung von Strom- und Erdgaslieferungen
 - ▶ Bewertung von Konzessionsverträgen für Strom- und Erdgasbelieferung
 - ▶ Durchführung von Contracting-Vorhaben

Fördermittelberatung

- ▶ Förderprogramme von Land/Bund/EU für kommunale Infrastrukturmaßnahmen und für Investitionen von kommunalen Unternehmen
- ▶ Fördermöglichkeiten für die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse

Sonstige Leistungen

- ▶ Unterstützung von Kommunen bei der Umstellung von kameralistischer auf kaufmännische Buchführung durch Wertermittlungen von kommunalen Liegenschaften
- ▶ Vorfinanzierung von Planungsgewinnen bei der Baulanderschließung von Kommunen

Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Arbeitsmarktförderung

Zukunftsprogramm Arbeit

- ▶ Stärkung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
 - ▶ Weiterbildung von Beschäftigten
 - ▶ Potenzialberatung für KMU
 - ▶ Qualifizierung von Existenzgründerinnen und -gründern aus der Arbeitslosigkeit
- ▶ Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
 - ▶ Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze
 - ▶ Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung
 - ▶ Förderung der Ausbildungsplatzakquisition
 - ▶ Regionale Ausbildungsbetreuung
 - ▶ Handlungskonzept Schule & Arbeitswelt
 - ▶ Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen
 - ▶ Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für jugendliche Strafgefangene
 - ▶ Transnationale Maßnahmen
- ▶ Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt
 - ▶ Innovative Arbeitsmarktprojekte
 - ▶ Beratungsstellen Frau & Beruf
 - ▶ Förderung der Alphabetisierung

Strukturförderung

Zukunftsprogramm Wirtschaft

- ▶ Technologie- und Gründerzentren
- ▶ Berufsbildungsstätten und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Infrastruktur der Weiterbildung
- ▶ Einzelbetriebliche Investitionsförderung
- ▶ Familienbewusste Personalpolitik
- ▶ Regional- und Clustermanagements
- ▶ Gewerbe- und Industrieflächen
- ▶ Multifunktionale Einrichtungen
- ▶ Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien
- ▶ Altlastensanierung und Flächenrecycling
- ▶ Hafeninfrastruktur
- ▶ Nachhaltige Stadtentwicklung
- ▶ Stärkung Tourismuswirtschaft
- ▶ Förderung von Natura 2000-Gebieten
- ▶ Netzwerke zwischen Kultur und Wirtschaft

Weitere Förderprogramme

- ▶ Initiative „Biomasse und Energie“
- ▶ Maßnahmen im Energiebereich
- ▶ Schulbauprogramme
- ▶ „Meister-BAföG“ – Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
- ▶ Wohngelderstattung an die örtlichen Wohngeldstellen



Ausschnitt aus „Die Gesundheit im Blick“ von Katharina Reinshagen-Heineke, 70 x 49 cm



Wirtschaft

Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen, Finanzierungspartner der Hausbanken und im Zusammenspiel mit der MBG auch Beteiligungsgeber. Wesentlicher Träger unseres Neugeschäfts ist die Zusammenarbeit mit den Hausbanken. Dadurch erleichtert sich für mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein der Zugang zu neuen Krediten.



Wirtschaft

Die Investitionsbank ist ein verlässlicher Akteur innerhalb der Mittelstandsförderung Schleswig-Holsteins: Wir sind Berater bei Finanzierungsfragen, Förderer von Existenzgründungen und bestehenden Unternehmen, Finanzierungspartner der Hausbanken und Beteiligungsgeber.

Darüber hinaus arbeiten wir eng mit den anderen Förderinstituten des Landes, des Bundes und der EU zusammen. Unsere Unterstützung für Existenzgründungsinteressierte und Unternehmen ist vielfältig: Wir beraten umfassend über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, bereiten auf Gespräche mit den Hausbanken vor und teilen als Finanzierungspartner mit der Hausbank das Kreditengagement und damit das Risiko. Bei kleineren

Gründungsvorhaben übernehmen wir die Hausbankfunktion. Das verbessert die Finanzierungsspielräume der Kreditinstitute und hilft dem Mittelstand bei der Fremdkapitalbeschaffung.

Der Investitionsmotor der schleswig-holsteinischen Wirtschaft lief im Jahr 2007 hervorragend. Das Neukreditgeschäft der Investitionsbank erhöhte sich erheblich. Daneben wurde auch ein deutlich höheres Volumen an gewerblichen Programmkrediten der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank sowie Global- und Einzelrefinanzierungen an Kreditinstitute weitergeleitet. Wir verzeichneten eine Steigerung von mehr als 30 Prozent zum Vorjahr.

Förderberatung Wirtschaft: weiterhin große Beratungsnachfrage

Es gibt eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, die zum Teil eng verzahnt sind und sich gegenseitig ergänzen. Bei Existenzgründungen wie bei bestehenden Unternehmen herrscht weitgehende Unkenntnis über Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Die Förderberatung Wirtschaft mit den IB.Förderlotsen und der IB.GründerinnenBeratung ist deshalb eine wichtige Säule der IB-Wirtschaftsförderung.

Bei der alle Unternehmensphasen und alle öffentlichen Förderinstitutionen umfassenden unentgeltlichen Förderberatung Wirtschaft geht es inhaltlich vor allem um Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten einschließlich möglicher Risikopart-

nerschaften. Anteilig mehr Zeit beansprucht allerdings die Vorbereitung auf die Bankgespräche insbesondere hinsichtlich überzeugender Gründungskonzepte oder Businesspläne, zumal nach einer KfW-Studie aus dem Herbst 2007 kleine Unternehmen gegenüber Großunternehmen einen deutlich erschwerten Zugang zu Krediten haben.

Mit 2.463 dokumentierten Beratungsfällen verzeichneten unsere IB.Förderlotsen und die IB.GründerinnenBeratung einen leichten Rückgang gegenüber 2006, während wegen häufiger Mehrfachberatungen die Zahl der Beratungsgespräche um 3,6 Prozent auf 2.798 stieg. Bei 1.297 Fällen handelte es sich um Gründungsinteressierte

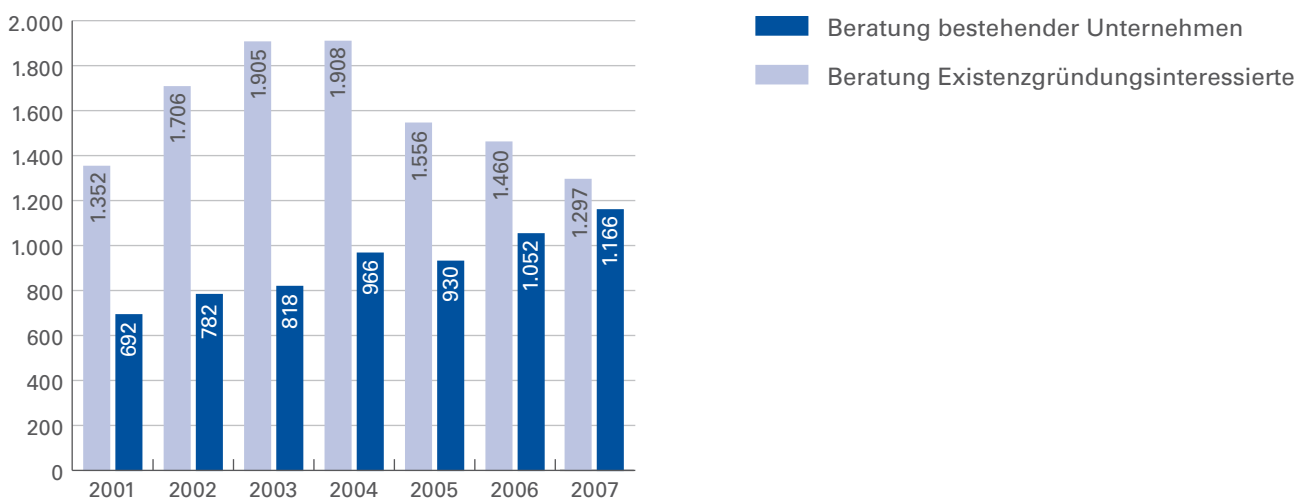
(minus 11,2 Prozent), davon 581 Frauen und 716 Männer, sowie bei 1.166 Fällen um bestehende Unternehmen (plus 10,8 Prozent). Hauptgründe für die auch vom Institut für Mittelstandsforschung bundesweit etwa gleich hoch gesehene Schrumpfung des Gründungsgeschehens dürften die bessere Situation am Arbeitsmarkt bei günstiger Konjunktur und die verschärften Qualifikations- und Konzeptanforderungen der Agenturen für Arbeit sein.

Mit insgesamt 105 Vorträgen, Seminaren und Sprechtagen an 22 verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein war die Zahl der Informationsveranstaltungen außerhalb der IB etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Dabei waren 59 Veranstaltungen speziell für Existenzgründungsinteressierte, davon 18 speziell für Existenzgründerinnen und 5 an Schulen und Hochschulen. Die Existenzgründungsveranstaltungen wurden weiterhin von vielen derzeit erwerbslosen Personen genutzt. Nebenerwerbsgründungen hatten einen leicht gesunkenen Anteil.

In dieser Veranstaltungsstatistik sind unsere Aktivitäten im Rahmen des Projekts „JUNIOR-Schüler

als Manager“ nicht enthalten: Als viertes Bundesland sind wir seit 1996 Partner des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft bei der Betreuung befristeter Schülerunternehmen und beim jährlichen Landeswettbewerb. Einschließlich des laufenden Schuljahres 2007/2008 waren bzw. sind inzwischen insgesamt 3.511 Schülerinnen und Schüler in 257 JUNIOR-Unternehmen in unserem Land beteiligt. Das Projekt ist ein interessanter Beitrag zur Verbesserung des Gründungsklimas und zugleich Motivationsmotor für die volkswirtschaftlich so bedeutsamen Existenzgründungen.

Mit ihrer Förderberatung Wirtschaft ist die Investitionsbank eine aktive Partnerin im Beratungsnetzwerk insbesondere mit der KfW, den Wirtschaftskammern, den Technologie- und Gründungszentren, den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, den Hochschulen und den Agenturen für Arbeit.



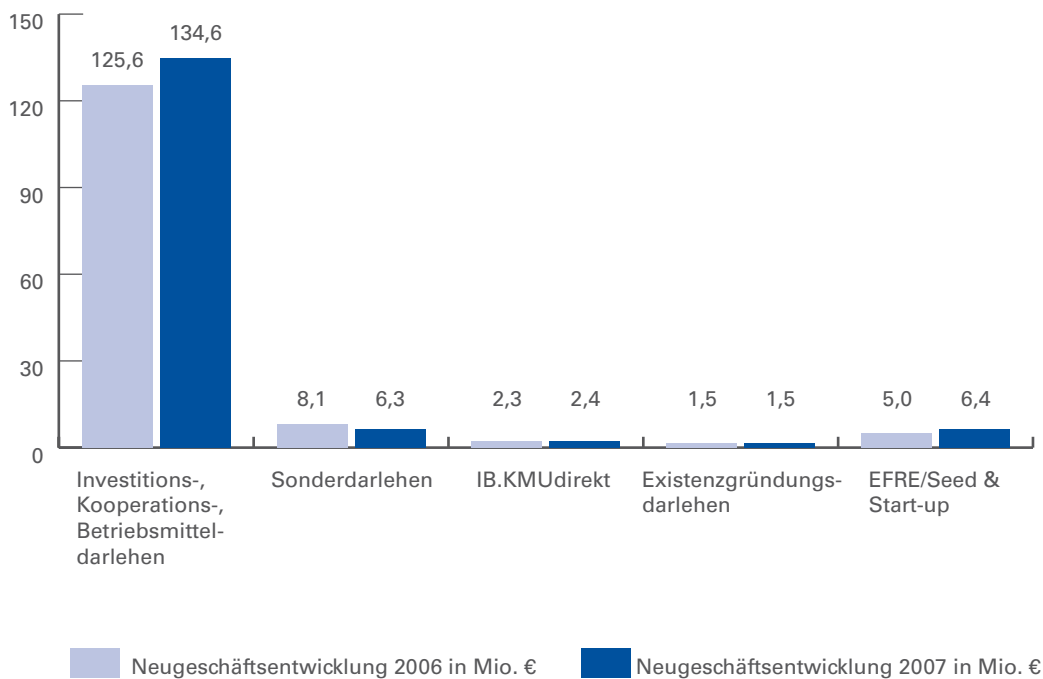


Bereich Wirtschaft: Zusammenarbeit mit den Hausbanken ausgebaut

Kredite

Der konjunkturelle Aufschwung und die aktive Betreuung der Hausbanken wirkten sich deutlich positiv auf das Kreditneugeschäft aus. Das abgeschlossene Neugeschäftsvolumen erreichte insgesamt 151 Mio. € und lag damit rd. 6 Prozent über

dem Vorjahr. Als Partner der Hausbanken haben wir uns in 2007 bei insgesamt 218 neuen Fällen das Kreditrisiko geteilt. Wir unterstützen in diesem Geschäftsbereich insgesamt mehr als 1.600 mittelständische Unternehmen.



Wesentlicher Träger unseres Neugeschäftes sind Investitions-, Kooperations- und Betriebsmitteldarlehen, mit deren Einsatz wir eine Risikoteilung und Eigenkapitalschonung bei den Kreditinstituten erreichen. Mit der Risikoteilung verbessern wir die Kreditvergabemöglichkeit der Hausbanken und

erleichtern mittelständischen Unternehmen den Zugang zu neuen Krediten. Diese Darlehen können für fast alle Finanzierungszwecke – sowohl bei Neuinvestitionen als auch bei Darlehen aus dem Bestand der Hausbanken – in Anspruch genommen werden.

Ausbau der Fachkompetenz im Bereich Landwirtschaft

Durch die positiven Wachstumstendenzen auf dem Agrarsektor bemühen wir uns, an der Finanzierung landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe in Schleswig-Holstein durch Kooperations- und Investitionsdarlehen mitzuwirken. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir unser Know-how um die Besonderheiten bei der Finanzierung von landwirt-

schaftlichen Haupterwerbsbetrieben erweitert und einzelne landwirtschaftliche Betriebe bei Investitionsvorhaben unterstützt. Wir gehen davon aus, dass sich sowohl die Anzahl der Finanzierungen als auch das unterstützte Investitionsvolumen im nächsten Jahr weiter erhöhen wird.

Rückläufige Nachfrage nach Sonderdarlehen

Mit unserem eigenkapitalähnlichen „Sonderdarlehen“ verbessern wir durch das Bereitstellen von mezzaninem Kapital die Bonität und Kreditwürdigkeit von Unternehmen. Diese Darlehen werden ohne Absicherung als Festdarlehen vergeben und durch eine Rangrücktrittserklärung ergänzt. Die Eigenkapitalbasis insbesondere wachstumsorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen kann auf diese Weise verbreitert werden. Mit Sonderdarlehen im Gesamtvolumen von 6,3 (Vj. 8,1) Mio. €

stärkten wir die Eigenkapitalbasis von 14 (Vj. 20) Unternehmen in Schleswig-Holstein. Die rückläufige Entwicklung resultierte zum Teil aus der Verschiebung der Nachfrage zugunsten des EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein. Des Weiteren erfolgte in 2007 eine verstärkte Risikoteilung mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG), infolgedessen weniger Sonderdarlehen vergeben wurden.

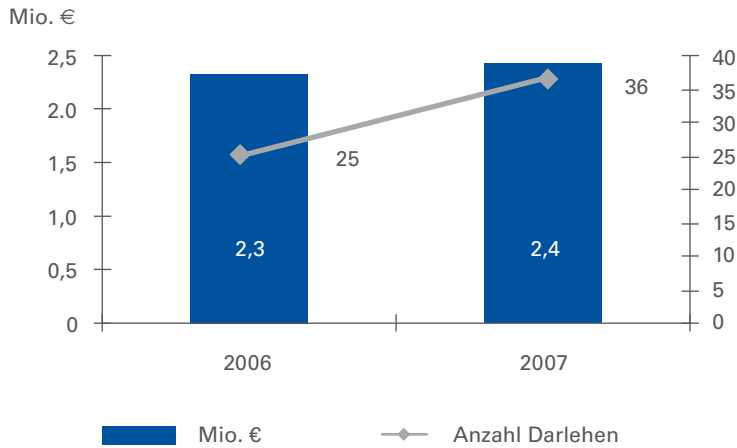
Direktkredite zur Existenzfestigung

Mit unserem in 2006 neu aufgelegten Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ gewährleisten wir die Finanzierung kleiner Finanzierungsanlässe von bestehenden kleinen und mittelständischen Unternehmen, die bei positiver Zukunftsprognose aufgrund der gegebenen schwierigen Unternehmenssituation oder wegen des nicht vertretbaren Prüf- und Kreditvergabeaufwandes bei den Banken keine

Finanzierung erhalten. Anträge zu diesem Programm können auch von Unternehmens- und Steuerberatern sowie den Mentoren SH eingereicht werden. In 2007 ist die Nachfrage nach „IB.KMUdirekt“ deutlich gestiegen. Durch 36 (Vj. 25) Darlehen zur Existenzfestigung in Höhe von insgesamt 2,4 (Vj. 2,3) Mio. € konnten wir 286 Arbeitsplätze sichern sowie 19 neue Arbeitsplätze schaffen.



Neukreditgeschäft IB.KMUdirekt

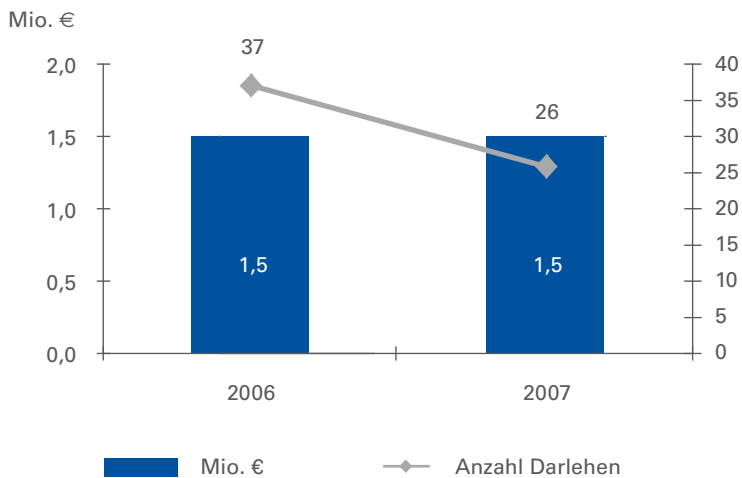


Förderung von Existenzgründungen

Um auch die Finanzierung kleiner Existenzgründungsvorhaben zu ermöglichen, übernehmen wir die Hausbankfunktion im Rahmen unseres Produktes „Starthilfe Schleswig-Holstein“. Voraussetzung ist eine Empfehlung des Kreditinstitutes vor Ort, das auch die laufende Kontoführung übernimmt. Die Investitionsbank begleitet die Finan-

zierung unter Einbeziehung der zinsgünstigen Existenzgründungsdarlehen der KfW. In 2007 haben wir auf diesem Wege insgesamt 26 Existenzgründerinnen und Existenzgründern mit Darlehen i. H. von 1,5 Mio. € den Start in die berufliche Selbständigkeit ermöglicht und damit 58 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Neukreditgeschäft Starthilfe Schleswig-Holstein



Bei einem erneuten Rückgang der eingereichten Anträge stieg das unterstützte Investitionsvolumen um rd. 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch erhöhte sich die Bewilligungsquote in 2007 leicht.

Beteiligungskapital

Neuer EFRE-Risikokapitalfonds aufgelegt

Im Jahr 2005 haben wir gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft (MBG) unter Einbindung von EU-Mitteln den EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein aufgelegt. Mit einem Volumen von 15 Mio. € können stille und offene Beteiligungen an kleine und mittlere Unternehmen herausgelegt werden. Hier konnten in 2007 weitere 26 (Vj. 21) Beteiligungen gesetzt werden, so dass der Fonds nunmehr zu über 95 Prozent ausplatziert ist und vorzeitig geschlossen wird.

Es wurde daher – ebenfalls unter Einwerbung von EU-Mitteln aus dem "Europäischen Fonds für regio-

nale Entwicklung" (EFRE) und im Zusammenspiel mit dem Land und der MBG – der EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II aufgelegt. Dieser Fonds mit einem Volumen von 48 Mio. € startete zum 15.12.2007. Er soll ebenfalls die Eigenkapitalbasis und damit die Zukunftsperspektiven insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Dabei können stille und offene Beteiligungen bei entsprechenden Unternehmen in ganz Schleswig-Holstein platziert werden. Die regionale Beschränkung wie beim Vorgängerfonds besteht somit nicht mehr.

Ausblick

Für das Jahr 2008 bleiben wir optimistisch. Die europäischen Förderrahmenbedingungen für die Förderperiode 2007–2013 sind gesetzt. Wir werden den Unternehmen und Kreditinstituten wie im Vorjahr mit maßgeschneiderten Finanzierungsangeboten zur Verfügung stehen. Hochmotivierte, kompetente Mitarbeiter stehen den Kreditinstituten als Ansprechpartner zur Verfügung, um die besten Finanzierungslösungen für die mittelständischen Kunden umzusetzen. Für das Geschäftsfeld „Landwirtschaft“ sind wir zuversichtlich, mit dem Ausbau unserer Mitarbeiterkompetenzen sowie einer stärkeren Orientierung an den Erwartungen der Kreditinstitute eine gute Grundlage für eine rege Nachfrage nach Risikoteilung in diesem Sektor geschaffen zu haben.

Wir rechnen damit, dass die Hausbanken im Rahmen ihrer Portfoliosteuerung und/oder Einzelengagementsteuerung weiterhin die Risikoteilung mit unserem Haus nutzen werden. Schwerpunkte

unseres Angebotes sind dabei erneut unsere Investitions- und Kooperationsdarlehen. Mit der „Starthilfe Schleswig-Holstein“ und „IB.KMUdirekt“ stehen wir kleinen und mittleren Unternehmen auch ohne Finanzierungsbeteiligung einer Hausbank als Partner zur Verfügung. Die Mitarbeiter der IB beraten und begleiten eingehend – auch bei herausfordernden Rahmenbedingungen.

Unter Mitwirkung der Investitionsbank werden (im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds) ein Beteiligungsfonds für den Mittelstand und ein Beteiligungsfonds für Seed- und Start-up-Finanzierungen bereitgestellt.

Informationen zum Meister-BAföG und zu weiteren öffentlichen Förderungen befinden sich im Kapitel „Arbeitsmarkt- und Strukturförderung“.



Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG)



Erfolgreich als Finanzierungspartner für den Mittelstand

Seit 1994 engagiert sich die MBG mit typisch stillen und offenen Beteiligungen zwischen 50.000 € und 1 Mio. € bei mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein. Dadurch verbessert sich die

wirtschaftliche Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen, und es erweitern sich deren Möglichkeiten, zusätzliches Fremdkapital einzuwerben. Ende 2007 bilanzierte die MBG 369 Beteiligungen und zählte 275 mittelständische Unternehmen aus Schleswig-Holstein zu ihren Kunden.

Das Geschäftsjahr 2007 ist für die MBG sehr erfolgreich verlaufen:

Plus 24 Prozent im Neugeschäft

Die MBG hat in 2007 86 Unternehmen Beteiligungen mit einem Volumen von 20,1 Mio. € zugesagt. Damit überschritt das Neugeschäftsvolumen erstmals die Marke von 20,0 Mio. €.

13,4 Mio. € für Wachstumsfinanzierungen

Zwei Drittel des MBG-Neugeschäfts wurde im Jahr 2007 für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen zur Verfügung gestellt. Die Zahl der geförderten Arbeitsplätze erhöhte sich um 47% auf über 5.000.

Beteiligungsportfolio erreicht 80,0 Mio. €

Durch das starke Neugeschäft erhöhte sich das Beteiligungsportfolio der MBG um 6,7 Mio. € auf rd. 80,0 Mio. € zum Jahresende 2007. In den letzten fünf Jahren ist das MBG-Portfolio um rd. 68 % gestiegen.

Handel und Maschinenbau bleiben vorn

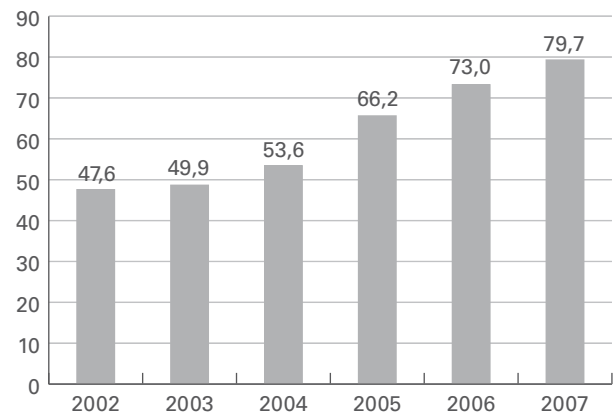
In 2007 entfielen 26 % oder 5,2 Mio. € des Neugeschäfts auf den Handel. Es folgten der Maschinen- und Fahrzeugbau mit 14 % (2,8 Mio. €) und die Bauwirtschaft mit 9 % (1,7 Mio. €).

Plus 60 Prozent Ergebnisverbesserung

Das Geschäftsjahr 2007 hat die MBG mit einem Ergebnis nach Risikovorsorge von 1,5 Mio. € abgeschlossen. Nach Teilgewinnabführung an die IB wird ein Jahresüberschuss von 913 T€ ausgewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die IB-Gewinnanteile nicht ausgeschüttet werden, sondern in der MBG belassen werden.

Diese Geschäftsergebnisse sind eine gute Basis dafür, dass die MBG auch in Zukunft ein verlässlicher und kompetenter Finanzierungspartner für den Mittelstand in Schleswig-Holstein sein kann. Befördert wird diese Zuversicht auch von der Tatsache, dass mit dem EFRE-Risikokapitalfonds II (Start Ende 2007) und dem Mittelstandfonds SH (Start 2008) zwei neue Beteiligungsfonds bestehen, die das Beteiligungsangebot für mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein deutlich ausweiten und verbessern.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios der MBG in Mio. €



Kreise/kreisfreie Städte	MBG-Neugeschäft in €	Begleitetes Investitionsvolumen in €	Geförderte Arbeitsplätze
Dithmarschen	400.000	2.520.000	24
Flensburg	850.000	9.656.000	115
Herzogtum Lauenburg	400.000	2.000.000	27
Kiel	1.260.000	5.329.600	154
Lübeck	2.290.000	9.409.000	2.256
Neumünster	1.175.000	10.591.000	366
Nordfriesland	1.438.500	9.968.000	231
Ostholstein	1.250.000	5.282.100	129
Pinneberg	1.485.000	4.165.000	323
Plön	1.040.000	5.139.000	86
Rendsburg-Eckernförde	50.000	75.000	2
Schleswig-Flensburg	3.661.000	33.617.000	600
Segeberg	2.950.000	14.756.000	514
Steinburg	200.000	400.000	3
Stormarn	1.635.000	10.246.300	178
Summe	20.084.500	123.154.000	5.008



Ausschnitt aus „Klare Linie“ von Katharina Reinshagen-Heineke, 98 x 70 cm



Immobilien

Wir zeigen Finanzierungsmöglichkeiten für Neubau und Sanierung von Mietwohnungen in Schleswig-Holstein, die ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Ebenso bieten wir Fördermöglichkeiten für die Stadtsanierung und den Städtebau. Private Kunden unterstützen wir auf dem Weg zu den eigenen vier Wänden.



Immobilien

Der Immobilienmarkt bleibt – wie in den Vorjahren – weiter hart umkämpft. Die Subprimekrise in den USA hat mit ihren Ausläufern in der deutschen Bankenlandschaft den Markt vorsichtiger werden lassen, jedoch nicht tief greifend verändert. Als direkte Folge ist festzustellen, dass die Risikokosten wieder einen höheren Stellenwert erlangt haben. Am Margendruck der letzten Jahre hat sich nichts geändert. Entgegen einem allgemein leicht rückläufigen Trend konnte sich die IB im Segment der Immobilienfinanzierung gut behaupten. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran hatte die hohe Nachfrage bei der Sozialen Wohnraumförderung.

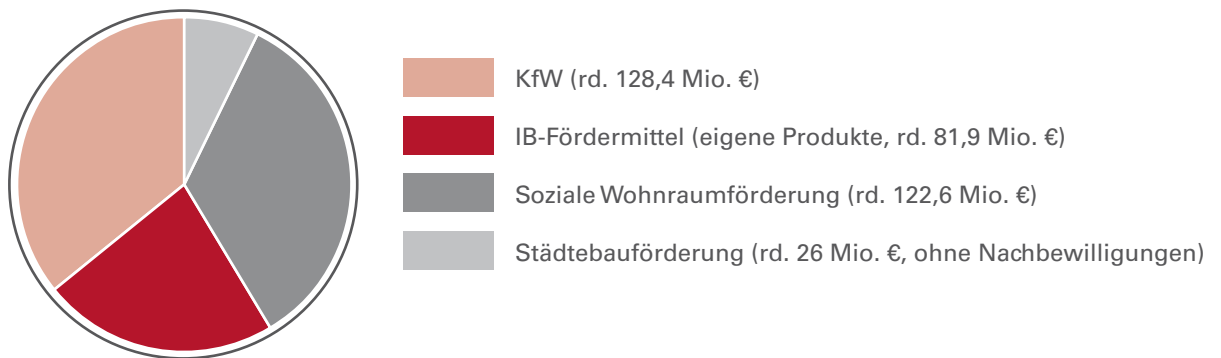
Durch das ausgeprägte Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Immobilienbereiches

konnten neue Voraussetzungen für die Soziale Wohnraumförderung in optimale Lösungen für individuelle Finanzierungswünsche umgesetzt werden.

Nach einem zurückhaltenden Start in der Zusammenarbeit mit unseren qualifizierten Partnern zu Beginn des Jahres nahm diese im Laufe des Jahres zunehmend an Fahrt auf und trug so ebenfalls erheblich dazu bei, dass ein hervorragendes Neugeschäftsergebnis erzielt werden konnte.

Insgesamt konnte die IB im Standardmengen- und Individualgeschäft ein Neugeschäftsvolumen von über 330 Mio. € erreichen und knapp 3.000 neue Kunden gewinnen.

Neugeschäftsvolumen in Mio. € (inkl. Städtebauförderung)



Standardmengengeschäft

Soziale Wohnraumförderung

Die Änderung der Finanzierungsrichtlinien in der Sozialen Wohnraumförderung steigerte die Attraktivität für die Kunden deutlich. Dies führte im ge-

samten Verlauf des Jahres zu einer unerwartet starken Nachfrage und machte eine Aufstockung der Fördermittel erforderlich. Im Ergebnis wurde das geplante Volumen um mehr als 100 Prozent übererfüllt. 1.170 Wohnungen konnten gefördert werden.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die positiven Effekte der Neustrukturierung und die damit verbundene hohe Nachfrage nach Mitteln der Sozialen Wohnraumförderung hatten auch Auswirkung auf die Nachfrage bei der Allgemeinen Wohnraumförderung. Allerdings bleibt

der steigende Margendruck, z. B. durch Internetplattformen. Die IB ist mit ihrem Produktangebot gut aufgestellt und konnte sich im Markt behaupten. Mit Blick auf den ehrgeizigen Planansatz und die genannten herausfordernden Rahmenbedingungen im Immobilienmarkt ist das Ergebnis insgesamt zufrieden stellend.

Individualgeschäft**Soziale Wohnraumförderung**

Mit knapp 61 Mio. € wurde das Planungsziel von 50 Mio. € in der Sozialen Wohnraumförderung um rd. 20 Prozent übertroffen.

Allgemeine Wohnraumförderung

Die sich in den letzten Jahren abzeichnende steigende Komplexität bei der Finanzierung von Vorhaben im Mietwohnungsbau hat sich fortgesetzt. Die Zeit zwischen Planung und Vollendung einer Finanzierung hat sich um ein Vielfaches

verlängert. Das hat zur Folge, dass die Nachfrage nach Allgemeiner Wohnraumförderung zunehmend schwerer zu planen ist.

Das Modernisierungsprogramm der KfW konnte, nach der unerwartet guten Nachfrage aus dem Jahr 2006, auf hohem Niveau gehalten werden. Die optimistische Planung konnte sogar mit 5,7 Prozent übertroffen werden.

Im Ergebnis konnte im Individualgeschäft ein zufrieden stellendes Neugeschäftsvolumen erreicht werden.

Städtebauförderung

Der Bereich Städtebauförderung hat 2007 in den vier Programmen „Sanierung und Entwicklung“, „Soziale Stadt“, „Stadtumbau West“ und „Städtebauförderung 2006–2009“ rd. 29 (Vj. 27) Mio. € bewilligt.

Programm „Sanierung und Entwicklung“

Der Schwerpunkt des Mitteleinsatzes dieses Programms liegt insbesondere im Infrastrukturbereich. Es wurden im Jahr 2007 Fördermittel in Höhe von 5,8 (Vj. 8,4) Mio. € zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wurden sechs Städte durch dieses Programm gefördert.

Programm „Soziale Stadt“

Die Fördermittel im Programm „Soziale Stadt“ sind in zwei Programmteile gegliedert. Der Schwerpunkt im allgemeinen Teil liegt sowohl im investiven, infrastrukturellen als auch im sozialen Bereich. Im Sonderprogramm „Modellvorhaben“ liegt der Schwerpunkt bei Maßnahmen der Integration, Aus- und Fortbildung und der sozialen Betreuung.



Insgesamt wurden im Jahr 2007 10,3 Mio. € bewilligt. Dabei entfielen auf den allgemeinen Programmteil 5,4 (Vj. 4,6) Mio. €, verteilt auf acht Städte, und auf den Sonderprogrammteil für die Jahre 2006/07 4,9 Mio. € für neun Städte.

Programm „Stadtumbau West“

Die an Ober- und Mittelzentren ausgerichtete Förderperspektive soll es diesen Kommunen ermöglichen, Folgen des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels zu bewältigen. Die Erarbeitung örtlicher und städtebaulicher Entwicklungskonzepte einschließlich Wohnraumversorgungskonzepte für die spätere Umsetzung investiver Projekte wird damit vorangetrieben. Die IB bewilligte insgesamt Mittel in Höhe von 8,8 (Vj. 10,5) Mio. € für elf Städte.

Landesprogramm „Städtebauförderung 2006–2009“

Ziel dieses Programms ist es, Impulse für eine zukunftsweisende Stadt- und Stadtteilentwicklung zu geben – insbesondere durch die Stärkung von Stadt- und Stadtteilzentren. Für dieses Landesprogramm waren aus dem Schleswig-Holstein Fonds ursprünglich Fördermittel in Höhe von 5 Mio. €, verteilt auf die Jahre 2006 bis 2009, vorgesehen. Durch Umschichtungen aus anderen Programmen des Schleswig-Holstein Fonds wurden diese Mittel in 2007 um 1 Mio. € aufgestockt. In 2007 wurden Mittel in Höhe von 4,1 (Vj. 1,25) Mio. € für nun zusammen zwölf Maßnahmen ausgezahlt.

Bereich Immobilien: individuell und lösungsorientiert

Als kompetenter Dienstleister für die Wohnungswirtschaft gewann die IB weiter an Bedeutung. Wie in den Vorjahren hat sich der Trend zur Qualitätsverbesserung bestehenden Wohnraums fortgesetzt – sowohl im Eigenheimbereich als auch im Mietwohnungssektor. Die IB zeigt dabei Finanzierungsmöglichkeiten für die Sanierung des schleswig-holsteinischen Wohnungsbestandes auf, die

gleichzeitig ökologische Aspekte und die Ansprüche der Bevölkerung an bezahlbares, modernes und individuelles Wohnen erfüllen. Dabei arbeitet der Immobilienbereich eng mit der Energieagentur der IB und der ARGE (Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.) zusammen.

Ausbau der Zusammenarbeit mit den Zuführern

Die gute Zusammenarbeit mit den Partnern der IB konnte auch in diesem Jahr weiter gefestigt werden. Im Laufe des Jahres konnten viele neue Zuführerverträge abgeschlossen werden. Dadurch

stiegen das Volumen und die Qualität an zugeführtem Geschäft. Dies gilt es in Zukunft weiter zu untermauern und auszubauen.

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2008/2009

Mengengeschäft

In der Sozialen Wohnraumförderung stehen die Fördermittel für 2008 in der vom Land im Programmerrlass 2007/2008 festgelegten Höhe zur Verfügung. Aufgrund der anhaltenden Nachfrage werden wir die Mittel vollständig belegen können. Auch in der Allgemeinen Wohnraumförderung halten wir die Planung – trotz der allgemein verschärften Marktbedingungen – für die Folgejahre auf konstant hohem Niveau.

Mit dem neuen Produkt IB.WEGfinanz unterstützen wir Eigentümergemeinschaften bei der Modernisierung ihrer Wohnobjekte. Dabei wird durch eine zentralisierte Antragserfassung unter Mitwirkung des jeweiligen Verwalters der Bearbeitungsaufwand möglichst gering gehalten.

In einem Arbeitskreis des VÖB (Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands) arbeiten wir gemeinsam mit den anderen Förderbanken an der gemeinsamen Entwicklung der „Immobilienrente“ (Rückwärtshypothek). Mit diesem Produkt können Immobilieneigentümer ein zusätzliches Einkommen im Alter erzielen. Wir gehen davon aus, als eines der ersten Institute dieses Produkt schnellstmöglich in den Markt einzuführen.

Das in der Planung für 2008 noch enthaltene IB.TandemPlus können wir in Folge einer Änderung der KfW-Bedingungen ab März 2008 leider nicht mehr in der bisherigen Form anbieten. Die Realisierung eines ähnlich strukturierten Kombiproduktes mit KfW-Mitteln wird derzeit überprüft. Bis zur Einführung eines neuen Produktes kann eine teilweise Kompensation direkt über das KfW-Wohneigentumsprogramm erfolgen.

Mit der geplanten Einführung der internetbasierten Beratungssoftware IB.Finanz@ss werden wir die Beratung und die Antragstellung bei der

Sozialen und der Allgemeinen Wohnraumförderung im Mengengeschäft erheblich optimieren. Das in Schleswig-Holstein einmalige Angebot erleichtert bei einfacher Bedienung die Ermittlung der geeigneten Förderfinanzierung sowie die Antragstellung für Kunden und Partner über das Internet.

Individualgeschäft

In der Sozialen Wohnraumförderung sowie in der KfW-Förderung sind bis 2009 gleich bleibende Ergebnisse zu erwarten.

Mit gezielter Produktentwicklung werden wir weiter auf die Nachfrage am Markt reagieren. Als Erweiterung zum bestehenden Produkt IB.StadtIn-Mode wurde die Variante „Wohnen mit Kindern in der Stadt“ erarbeitet und neu am Markt platziert. In Zusammenarbeit mit dem Land sollen Modellvorhaben gefördert werden, die sich in besonderer Weise mit dem Wohnen von Kindern in der Stadt befassen.

Weiterhin wirken wir an der Gestaltung des neuen Wohnraumförderungsgesetzes des Landes Schleswig-Holstein mit: eine Folge der Föderalismusreform verbunden mit der alleinigen Gesetzgebungskompetenz der Länder. Durch ihre zeitgemäße Ausrichtung soll die Förderung weiter an Attraktivität gewinnen, so dass auch künftig Fördermittel guten Absatz finden werden.

Städtebauförderung

Es ist vorgesehen, im Jahr 2008 ein neues Förderprogramm (Arbeitstitel „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“) aufzulegen. Dies soll sukzessive das allgemeine Programm „Sanierung und Entwicklung“ ablösen. Für 2008 ist ein Fördervolumen (Bund und Land) von 2,5 Mio. € vorgesehen.



Ausschnitt aus „Die blaue Halle“ von Katharina Reinshagen-Heineke, 100 x 70 cm



Kommunen

Wir bieten Förderberatung und die Entwicklung von maßgeschneiderten Finanzierungslösungen für unsere kommunalen Kunden. Besonders im Sektor der Stadt- und Gemeindewerke als auch bei allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen werden unsere Beiträge immer wichtiger. Mit ihrem breiten Angebot hilft unsere Energieagentur Kommunen bei der Einsparung von Energie und Kosten.



Kommunen

Trotz vieler Veränderungen im Bereich Kommunen und dessen Umfeld war 2007 ein gutes Geschäftsjahr. Zuschussprogramme sind zwar im Volumen und in ihrer Bedeutung weiter rückläufig, jedoch konnten eigene Produkte im Förderkreditbereich und bei den Dienstleistungen diese Entwicklung

mehr als kompensieren. Auch für unsere kommunalen Kunden war 2007 in Schleswig-Holstein ein Jahr der Veränderungen. Dabei waren die vielen Fusionen sowie steigende Steuereinnahmen besonders prägend.

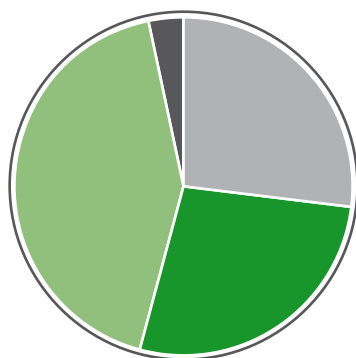
Kommunalfinanzierung





Kommunalfördermittel / Aktivitäten des Vertriebs

Der Umbau des Geschäftsfelds von auf Zuschüssen basierenden Programmen hin zu Förderkrediten schreitet weiter voran. Mit einem Volumen von erstmalig unter 100 Mio. € und dem Auslaufen eines weiteren großen Programms (Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung) in 2007 kann von einem Wendepunkt gesprochen werden.

Für den kommunalen Vertrieb war das Jahr 2007 daher auch ein Jahr der Konzentration auf bereichseigene Produkte wie z. B. den IB.EnergieCheck oder die Dienstleistungen des ÖPP-Kompetenzzentrums. Die sich abzeichnenden Veränderungen sind Anlass, den Vertrieb neu auszurichten und aufzustellen.

Förderprogramme in Mio. €



	SH Fonds Energie (2,0 Mio. €)
	Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung* (27,6 Mio. €)
	Regionalprogramm** (17,6 Mio. €)
	Schulbaufonds*** (17,5 Mio. €)

* Programmende 2007

** Programmende 2006; Programm befindet sich in Endabwicklung

*** Der Schulbaufonds wird bis 2012 abgewickelt; neue Vorhaben wurden letztmalig 2007 in das Programm aufgenommen.

Kommunalkreditgeschäft

Dieses Geschäft konnte 2007 auf hohem Niveau gehalten werden. Mit 595 Mio. € haben wir unsere Ziele erreicht und gegenüber dem Vorjahr ein leichtes Plus von rd. 20 Mio. € verzeichnet. Auch die Vermittlungsquote ist mit 93 Prozent leicht gegenüber dem Vorjahr (90 Prozent) gestiegen. Als Stütze erwies sich dabei auch das bundesweite Geschäft. Die Finanzkrise in diesem Segment ab

August 2007 löste einen zunehmenden Wettbewerb um diese risikofreien Adressen aus. Mit einem ersten Refinanzierungsvertrag über 30 Mio. € mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) konnte unsere Refinanzierung bei weiterhin guter Zusammenarbeit mit den bisherigen Partnern KfW und Landwirtschaftliche Rentenbank verbreitert werden.

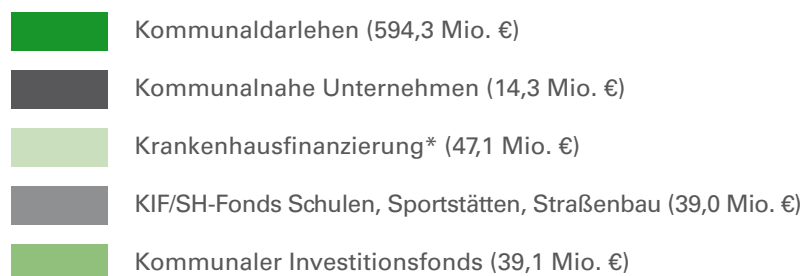
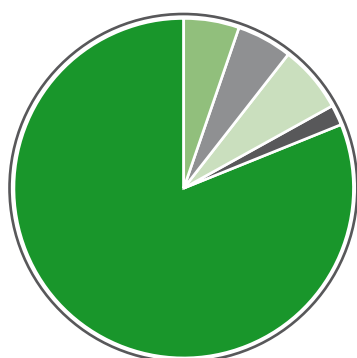
Kommunalnahe Unternehmen

Das Jahr 2007 hat gezeigt, dass unsere konsequent weiterentwickelte Strategie vom Markt positiv aufgenommen wurde. Im Sektor der Stadt- und Gemeindewerke als auch bei allgemeinen Infrastrukturmaßnahmen werden unsere Beiträge immer wichtiger.

Mit rd. 32 Mio. € Valutierungen und einem weiteren Zusagevolumen von rd. 45 Mio. € wurden unsere Erwartungen übertroffen. Wir arbeiten

aktuell mit unseren Partnerbanken an Finanzierungen, die im Zusammenhang mit Projekten stehen, die ein Investitionsvolumen von rd. 400 Mio. € in Schleswig-Holstein auslösen können. Dabei haben wir an der Strukturierung der Finanzierungen maßgeblich mitgewirkt. Sowohl für Banken- und Sparkassen als auch für unsere Kunden sind wir damit als kompetenter und verlässlicher Finanzierungspartner in Schleswig-Holstein gut etabliert.

Förderkredite in Mio. €



* einschließlich Fachkliniken/Behinderteneinrichtungen



IB-Energieagentur

Mit ihren Tätigkeitsschwerpunkten Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Einsatz regenerativer Energieträger bietet die Energieagentur Lösungen an, wie die Energiekosten dauerhaft gesenkt und das Klima nachhaltig geschützt werden können. Zu den Partnern der Energieagentur zählen dabei sowohl Kommunen, Wohnungsbaunternehmen, Banken und Sparkassen als auch Gewerbebetriebe, Stadt- und Gemeindewerke.

In mehr als 40 Kommunen in Schleswig-Holstein kommt „IB.EnergieCheck“ zum Einsatz, eine Beratungssoftware, die Daten über Energieverbräuche, deren Kosten sowie Einsparpotenziale offen legt. Der Gesamterlös daraus belief sich in 2007 auf 94 T€. Bei Wohngebäuden wird von den Spezialisten der Energieagentur „IB.ImmobiliCheck“ eingesetzt. Mit diesem Softwaretool werden energetische und bauliche Aspekte in Abhängigkeit zu Finanzierung und Wirtschaftlichkeit betrachtet. Damit wird eine Sanierungsmaßnahme ganzheitlich optimiert – ab 2008 ergänzt um die Erstellung des erforderlichen Energiepasses. Mit insgesamt

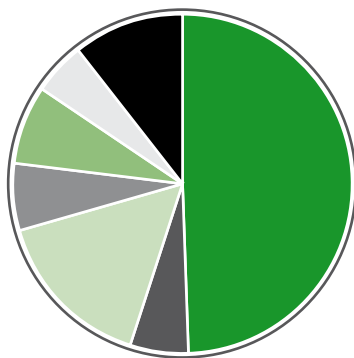
126 T€ gehörte dieses Angebot zu den bedeutenden Ertragsbringern.








Die Energieagentur ist ebenso bei der Umsetzung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen Partner und Dienstleister der Kommunen, denn die komplexen Vorhaben stellen oft große Herausforderungen dar. Hier wurden in 2007 mit insgesamt 298 T€ auch die höchsten Einnahmen erzielt.

Im Bereich der Erneuerbaren Energien bietet die Bioenergie noch erhebliche Ressourcen. Die Energieagentur berät intensiv in allen Fragen der Bioenergienutzung. Sie löste damit wichtige Impulse für einen weiteren Ausbau in Schleswig-Holstein aus. Das Honorarvolumen lag bei insgesamt 144 T€.

Die Beratungsleistungen wurden auch außerhalb Schleswig-Holsteins bundesweit in Anspruch genommen. Darüber hinaus bringt die Energieagentur ihr Know-how in sieben EU-Projekte ein. Daraus resultierten Aufträge in Höhe von insgesamt 317 T€.

Projekte und Dienstleistungen 2007 in T€



	ÖPP-Kompetenzzentrum (948,5T€)
	Zusammenarbeit Deutsche Energieagentur (108,7T€)
	Energieberatung/Projekte (298,1T€)
	IB.ImmobiliCheck (126,6T€)
	Bioenergie (143,8T€)
	IB.EnergieCheck (93,9T€)
	EU-Projekte Energie (208,4T€)

Summe Energieagentur (979,5T€)

Öffentliche Infrastruktur/ÖPP-Kompetenzzentrum

Das ÖPP-Kompetenzzentrum bei der IB unterstützt Kommunen von der Ideen- und Entscheidungsfindung über Konzeptentwicklung und Markterkundung bis zur Umsetzung. Finanzierungsstrukturierung und Wirtschaftlichkeitsnachweisen runden das Angebot ab. Für die Betreuung von Landes- und kommunalen Projekten durch das ÖPP-Kompetenzzentrum wurden weitere Mittel aus dem „Schleswig-Holstein-Fonds“ zugesagt.

Im Jahr 2007 konnten in Schleswig-Holstein weitere Vorhaben im Bereich der Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) initiiert und umgesetzt werden. Mit dem im Juni 2007 in Kraft getretenen ÖPP-Beschleunigungsgesetz Schleswig-Holstein wurden verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zur Etablierung von ÖPP geschaffen. Es befanden sich insgesamt sechs Vorhaben des kommunalen Hoch- und Verkehrswegebbaus in der Realisierungsphase, an denen das ÖPP-Kompetenzzentrum unmittelbar bzw. mittelbar beteiligt war. Bei weiteren 14 Vorhaben wurde die IB mit der Eignungsprüfung bzw. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beauftragt. Insgesamt konnten rd. 948 T€ in Rechnung gestellt werden.

Standen in den vorangegangenen Jahren der kontinuierliche Aufbau sowie die Schaffung erster Strukturen zur Etablierung des ÖPP-Ansatzes im Vordergrund, so kamen in 2007 neue Tätigkeitsschwerpunkte hinzu wie die Frühphasenprüfung und Entwicklung von ÖPP-Modellen im kommunalen Straßenbau sowie kleinerer Vorhaben (Kitas, Sportstätten, Schwimmhallen). Als weiterer Schwerpunkt entwickelte sich der Bereich Verkehrsinfrastruktur im Rahmen von Konzessions- und Betreibermodellen. Hier sind die drei Straßenprojekte in Trägerschaft von Land und Kommune (Kreisstraßen Dithmarschen, Ortsumgehung Tarup bei Flensburg, L 192) zu nennen.

Mit dem 1. Mittelstandsforum der IB gemeinsam mit dem Finanzministerium im Sommer 2007 wurde der wichtige Dialog mit den lokalen Unternehmen in Gang gesetzt. Ihre Rolle als Partner der Kommunen wird die IB durch maßgeschneiderte und individuelle ÖPP-Beratung einschließlich der Erstellung von Finanzierungskonzepten weiter festigen.



Ausblick

Für 2008 wird von einem zufrieden stellenden Jahr ausgegangen. Die Vertriebsaktivitäten sind an die veränderten Umstände der weiterhin abnehmenden Bedeutung von Zuschussprogrammen und dem wachsenden Bedarf an maßgeschneiderten, tragfähigen Finanzierungslösungen für Kommunen anzupassen.

Im Kommunalkreditgeschäft wollen wir versuchen, das hohe Niveau zu halten. Aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs sollte aber auch ein leichter Rückgang nicht überraschen. Die Erschließung weiteren Potenzials erhoffen wir uns von der Finanzierung von Projekten insbesondere in den Bereichen Energie und Umwelt für unsere EIB-Refinanzierung.

Bei den kommunalnahen Unternehmen lassen uns die in diesem Segment anstehenden Veränderungen (fehlende Kraftwerkskapazitäten, auslaufende Konzessionsverträge) für die weitere Entwicklung optimistisch in die Zukunft blicken.

Ausgehend von den Geschäftsergebnissen 2007 sieht die Energieagentur im Wesentlichen folgende Bereiche mit Potenzial zur Ertragsentwicklung und Geschäftsfelderweiterung für 2008: Immobilienbe-

ratung (IB.ImmobiliCheck, Kooperation mit der LBS und LBS Immobilien), Nutzung regenerativer Energien (Erstellung von Expertisen für Banken und Sparkassen, Dienstleister für das Land), Beratung von Kommunen (Übernahme von netzgebundener Infrastruktur, Energiecontrolling) und internationale Projekte (Geschäftsfelderweiterung für Stadtwerke, EU-Projekte).

Für das ÖPP-Kompetenzzentrum steht neben dem erfolgreichen Abschluss der begonnenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bzw. Verfahren vor allem die Weiterentwicklung der Finanzierungsthematik im Vordergrund. Hierzu sollen wichtige Aspekte im Rahmen einer regionalen Fachveranstaltung Anfang 2008 mit Vertretern der Finanzwirtschaft aus dem kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Sektor Schleswig-Holsteins diskutiert werden. Ebenfalls haben die Symposien zum Thema „Schule – Ort des Lebens und Lernens“ sowie „ÖPP im kommunalen Verkehrssektor“ einen festen Platz im Veranstaltungskalender 2008 der IB gefunden. Ziel ist und bleibt die Fortsetzung eines intensiven Dialogs mit allen Partnern zur Weiterentwicklung des ÖPP-Marktes in Schleswig-Holstein.





Ausschnitt aus „Vor der Arbeit“ von Katharina Reinshagen-Heineke, 73 x 56 cm



Arbeitsmarkt- und Struktur- förderung

Die neue Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung verantwortet die Abwicklung des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ und des „Zukunftsprogramms Arbeit“ für die Förderperiode 2007 bis 2013.



Arbeitsmarkt- und Strukturförderung

Mit der Übertragung des „Zukunftsprogramms Arbeit“ und des „Zukunftsprogramms Wirtschaft“ für die Förderperiode 2007–2013 hat das Land den Status der IB als „Zentrales Förderinstitut des Landes“ untermauert und die EU-Kompetenz in der IB weiter konzentriert. Organisatorisch führte dies zur Bildung der neuen Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung.

Das Jahr 2007 stand daher ganz im Zeichen der für die neue Strukturfondsperiode mit dem Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr sowie mit dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa geschlossenen Aufgabenübertragungsverträgen für die beiden EU-kofinanzierten Programme.

Zukunftsprogramm Wirtschaft

Im Aufgabenübertragungsvertrag für das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ wurde die Funktion der IB bei der wirtschafts- und regionalpolitischen Förderung für die Förderperiode 2007–2013 definiert.

Insgesamt steht ein Budget von 722,0 Mio. € zur Verfügung, das aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE), aus der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und aus Landesmitteln stammt. Das „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ fördert regionale Projekte und betriebliche Investitionen künftig im gesamten Landesgebiet. Schwerpunkte des Programms sind die Stärkung von Wissen und Innovation, die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Stärkung der unternehmerischen Basis, der Aus-



ZUKUNFTSprogramm
Wirtschaft

Investition in Ihre Zukunft

bau der wirtschaftsnahen Infrastruktur und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sowie die Entwicklung der spezifischen regionalen Potenziale. Im neuen Programm erfolgt eine stärkere Fokussierung auf die Förderung von Wissen und Innovation bei gleichzeitiger Weiterverfolgung der ausgleichsorientierten Förderung, die den Aufholprozess der strukturschwachen Regionen unterstützt.

In der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wurden im „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ und dessen Vorgängerprogramm „Regionalprogramm 2000“ in 2007 98 Bewilligungen mit einem Bewilligungsvolumen in Höhe von 26,84 Mio. € ausgesprochen, mit denen 956 Arbeitsplätze geschaffen und 2.359 gesichert werden konnten.

Zukunftsprogramm Arbeit

Im Rahmen des „Zukunftsprogramms Arbeit“ stehen für die Förderperiode 2007–2013 insgesamt 216,0 Mio. € aus dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) und aus Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration zur Verfügung. Schwerpunkte des Programms sind:

- ▶ Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen
- ▶ Verbesserung des Humankapitals
- ▶ Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen



ZUKUNFTSprogramm
Arbeit

Investition in Ihre Zukunft

Der Wechsel von der Beratungsgesellschaft für Beschäftigung (BSH) auf die IB als Abwickler der Arbeitsmarktprogramme des Landes hat reibungslos funktioniert. Die Bearbeitung der Anträge erfolgt zeitnah und in gewohnter Qualität. Die bei entsprechend einschneidenden organisatorischen Veränderungen häufig zu beobachtenden Anlaufschwierigkeiten konnten vermieden werden, insbesondere durch die umfassende und langjährige Erfahrung der IB mit der Umsetzung öffentlicher Förderprogramme und den Einsatz entsprechend qualifizierten Personals – auch des bisherigen Arbeitgebers – das die Kontinuität in der Abwicklung des Arbeitsmarktprogramms gewährleistet.

Meister-BAföG

Auf der Grundlage des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (sog. „Meister-BAföG“) konnten im Jahr 2007 wieder 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt werden. Diese staatliche Förderung der Aufstiegs-

fortbildung erleichtert qualifizierten Fachkräften in der Berufsbildung einen beruflichen Aufstieg. Eine aktive Förderung der Aufstiegsfortbildung unterstützt dabei den Aufbau stabiler und zukunftsorientierter Strukturen vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Ausblick

Das für 2008 geplante Neubewilligungsvolumen in der Sparte Arbeitsmarkt- und Strukturförderung beträgt 144,7 Mio. € (im Wesentlichen Zukunftsprogramme Arbeit und Wirtschaft).

Bundesförderung

Kräftige Steigerung des Neugeschäftes

Die IB ist Durchleitungsinstitut für Bundesförderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR). So stellen wir den „Bankenleitweg“ dar.

Das Neugeschäft stieg 2007 um 10 Prozent oder 40 Mio. € auf 432 (Vj. 392) Mio. €. Motor unserer Neugeschäftsentwicklung waren die Darlehensförderprogramme der KfW zur Finanzierung von Investitionen des gewerblichen Mittelstandes. Neben der Finanzierung von allgemeinen Investitionen in das Anlagevermögen (Förderprogramm Unternehmerkredit der KfW) dominierten Finanzierungen von Windkraft- und Photovoltaik-Anlagen (ERP-Umwelt- und Energiesparprogramm der KfW, KfW-Umweltprogramm). 63 (Vj. 51) Prozent unseres Neugeschäftes entfiel auf den gewerblichen Bereich, 30 (Vj. 39) Prozent auf den Immobilienbereich und 7 (Vj. 10) Prozent auf den von der LR refinanzierten landwirtschaftlichen Sektor.

Die Darlehensprogramme der KfW zur Finanzierung von wohnwirtschaftlichen Investitionen beeinflussten unser Neugeschäftswachstum nicht so deutlich wie im Vorjahr. Grund sind geringe Neubauaktivitäten. Dennoch erreicht das Neugeschäft mit den Privatprogrammen der KfW ein hohes Niveau. Neben der Finanzierung allgemeiner wohnwirtschaftlicher Investitionen (KfW-Wohneigentumsprogramm) sind hervorzuheben die Finanzierung von energetischen Investitionen wie z. B. Wärmedämmungen, Austausch von Heizungen

oder von Fenstern (KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm) als auch von Modernisierungs- und CO₂-Minderungsmaßnahmen im Wohnungsbestand (Förderprogramm „Wohnraum Modernisieren“ der KfW). Die Initiative der Bundesregierung „Wohnen und Wachstum“ fand ihren Ausdruck in der Gestaltung sehr attraktiver Konditionen der Förderprogramme. Dies führte wie im Vorjahr zu einer hohen Akzeptanz bei Investoren.

Per 31. Dezember 2007 leiteten wir an 23 (Vj. 27) Sparkassen Fördermittel der KfW und der LR weiter. Die Anzahl der Sparkassen nahm fusionsbedingt ab. Darüber hinaus refinanzierten wir – zum Teil mit KfW-Mitteln – wie im Vorjahr zwei mit der IB kooperierende Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Zu diesen gehört die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (MBG) – siehe Kapitel MBG. Außerdem leiteten wir an die MBG Kapitalbeteiligungsmittel aus den Europäischen Risikokapitalfonds für Schleswig-Holstein EFRE I und EFRE II weiter (siehe Kapitel Wirtschaft).

Auch wenn sich die Relation etwas zu Gunsten des großteiligeren gewerblichen Geschäfts verschoben hat, ist das Durchleitungsgeschäft als unverändert kleinteilig zu bezeichnen, da 63 (Vj. 73) Prozent der Stückzahlen dem Immobilienbereich zuzurechnen sind. 29 (Vj. 18) Prozent entfallen auf das gewerbliche Geschäft, 8 (Vj. 9) Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor.

IB.Einzelrefi und IB.Global Mittelstand im Markt etabliert

Zur Förderung der mittelständischen gewerblichen Wirtschaft und der Wohnwirtschaft ergänzten wir unser Globaldarlehen IB.Global Mittelstand um ein weiteres Produkt: IB.Einzelrefi. Banken und Sparkassen erhalten damit die Möglichkeit, ihren Kunden sehr zinsgünstige Mittel zur mittel- oder langfristigen Finanzierung einzelner Investitionsvorhaben zur Verfügung zu stellen. Bei gleichem Förderziel unterscheiden sich die Produkte im Wesentlichen darin, dass unser IB.Global Mittelstand den Banken und Sparkassen als Darlehenskontingent, das IB.Einzelrefi hingegen für die Refinanzierung einzelner Investitionsvorhaben zur Verfügung gestellt wird. Beide Produkte sind KfW-refinanziert und als Ergänzung zu den KfW-Förderprodukten im Markt mit folgenden Vorteilen positioniert:

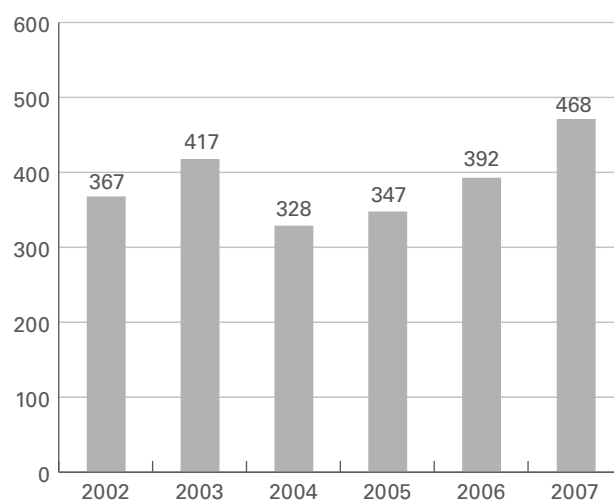
- ▶ Über das risikogerechte Zinssystem der KfW erhalten Enddarlehensnehmer exzellente Zinskonditionen.

- ▶ Die Gewährung erfolgt schnell, einfach und unbürokratisch.
- ▶ Die Banken und Sparkassen erhalten weitestgehende Flexibilität bei der Gestaltung ihrer Darlehensverträge mit den Enddarlehensnehmern.

Wir erzielten ein Neugeschäft von 36 (Vj. 10) Mio. €, im Wesentlichen durch die Gewährung des IB.Einzelrefi. Beide Förderprogramme konnten so erfolgreich in den Markt eingeführt werden.

Ein Blick auf die Neugeschäftsentwicklung der vergangenen Jahre (siehe Grafik „Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. €“) zeigt die kräftige Steigerung in 2007 deutlich. Das insgesamt erzielte Neugeschäft von 468 Mio. € (Durchleitungsgeschäft, IB.Einzelrefi, IB.Global Mittelstand) ist der höchste Wert der letzten Jahre.

Entwicklung der Neugeschäfte in Mio. € (Zentralbankgeschäft, IB.Einzelrefi, IB.Global Mittelstand)

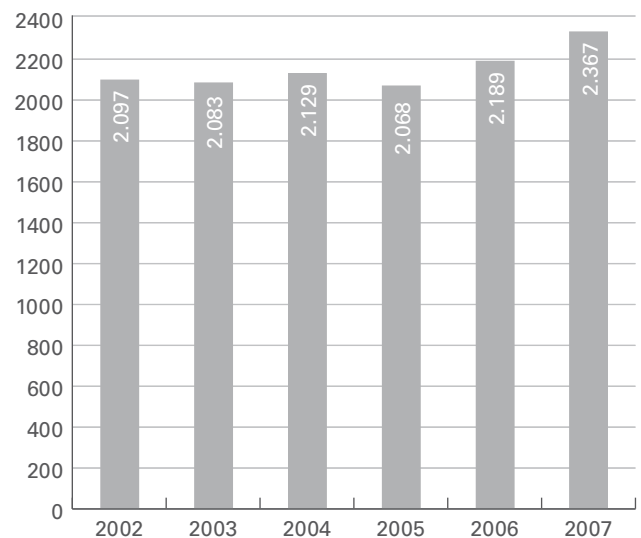


Deutliche Steigerung der Darlehensbestände

Der Stichtagsbestand betrug 2,367 (Vj. 2,189) Mrd. € per 31.12.2007. Er wuchs damit erfreulich hoch um 178 (Vj. 121) Mio. €. Leichte Zinssteigerungen und damit verbunden eine auf Vorjahrsniveau anhaltende Reduzierung außerordentlicher Tilgungen

führten zusammen mit einem guten Neugeschäft zu der Bestandserhöhung. Die Grafik „Entwicklung der Stichtagsbestände in Mio. €“ verdeutlicht das erreichte höchste Stichtagsbestandsniveau seit 2002.

Entwicklung der Stichtagsbestände in Mio. €



Ausblick 2008

Für das Jahr 2008 erwarten wir ein anhaltendes Interesse der Banken und Sparkassen, sich mittel- bis langfristig zu refinanzieren. Da wir attraktive Zinskonditionen anbieten, gehen wir davon aus, unsere IB.Einzelrefi und IB.Global Mittelstand erfolgreicher als im Vorjahr platzieren zu können.

Hausbanken werden Bundesfördermittel unverändert mit dem Ziel einsetzen, mit zinsgünstigen

Mitteln der KfW und LR Kundenbindungen zu begründen oder zu erhalten. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Initiative „Wohnen und Wachstum“ auch 2008 fortsetzen zu wollen. Darüber hinaus hat die KfW vor, eine Vielzahl von Förderbedingungen ihrer Förderprogramme zu verbessern. Wir erwarten ein Durchleitungsneugeschäft, das dem hohen Niveau des Vorjahres in etwa entsprechen wird.

EU-Förderung/Euro Info Centre

Beratungsservice für Wirtschaft und Kommunen

Als EU-Beratungsstelle für Schleswig-Holstein ist das Euro Info Centre (EIC) seit 1989 Mitglied im Euro Info Centre Netzwerk der Europäischen Kommission mit europaweit ca. 300 Mitgliedern. Es berät Unternehmen und öffentliche Einrichtungen über EU-Fördermöglichkeiten und unterstützt bei der Antragstellung und Projektumsetzung. Über die regelmäßige Herausgabe des Eurobriefs, die Organisation von Veranstaltungen und die aktive Mitarbeit in zahlreichen EU-weiten Netzwerken trägt

das Euro Info Centre dazu bei, Unternehmen und Institutionen den Zugang zu EU-relevanten Informationen und Partnern zu erleichtern. Durch das EIC wurden 2007 650 Unternehmen sowie 350 Kommunen und öffentliche Institutionen zu Fragen der EU-Förderung beraten. Schwerpunkte der Beratung waren die Programme für die Bereiche „Umwelt“, „Erneuerbare Energien“, „Forschung und Informationstechnologien“ sowie „Lebenslanges Lernen“.

Neue Möglichkeiten für beruflichen Nachwuchs der Unternehmen

Die Beratungsstelle organisierte erfolgreich Veranstaltungen über EU-Förderprogramme und Finanzierungsmöglichkeiten wie die Veranstaltung „Grenzüberschreitende Mobilität in der Berufsausbildung“ am 24. Januar 2007 in Kiel und am 15. Februar 2007 in Flensburg. Das EIC bot gemeinsam mit der IHK Schleswig-Holstein und der IHK Flensburg Teilnehmern aus Wirtschaft, berufsbil-

denden Schulen und Ausbildungseinrichtungen umfassende Informationen zum Thema „Mobilität in der Berufsausbildung“. Die Referenten legten überzeugend dar, welche Vorteile eine grenzüberschreitende Berufsausbildung für Unternehmen und Auszubildende hat. Einigkeit bestand darüber, dass dieser Prozess auch weiterhin aktiv unterstützt werden sollte.

Lebendiges Europa: Partnerschaften im öffentlichen Bereich

Am 9. Mai 2007 organisierte das Euro Info Centre in Kooperation mit den kommunalen Landesverbänden im Rahmen der Europawoche einen Workshop zum EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ mit dem Schwerpunkt Städtepartnerschaften und Bürgerbegegnungen. Die Teilnehmer, überwiegend aus dem kommunalen Bereich, wurden im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Kiel intensiv über die Fördermöglichkeiten und -bedingungen informiert und erhielten anschauliche Tipps von einem erfolgreichen Antragsteller.

Ein Novum war der Europastand auf der NordBau, der bedeutendsten Fachmesse der Bauwirtschaft im nördlichen Europa vom 13. bis 18. September

2007 in Neumünster. Aktiv vertreten war das EIC am zentralen Info-Stand „Wir in Europa“, an dem es zu EU-Fördermöglichkeiten beriet. Auch die vom EIC vierteljährlich koordinierte EU-Arbeitsgruppe Schleswig-Holstein nutzte dieses Forum für ihre September-Sitzung.

Nach dreijähriger Laufzeit wurde das Projekt FinNetSME unter Mitwirkung des EIC erfolgreich abgeschlossen. In dem von der EU geförderten INTERREG IIIC Projekt hatten sich 19 Förderinstitute aus 8 EU-Mitgliedstaaten zusammengeschlossen, um in einem intensiven Erfahrungsaustausch gemeinschaftlich neue Finanzierungsmodelle für KMU in Europa zu entwickeln.

EU-Beratung im Norden ab 2008 neu aufgestellt

Im April 2007 reichte das EIC federführend zum Aufruf der Europäischen Kommission „Dienstleistungen zur Unterstützung von Unternehmen und Innovation“ einen gemeinsamen Antrag von EIC und IRC (Innovation Relay Centre) für Hamburg und Schleswig-Holstein ein. Zu den Partnern gehörten neben dem EIC die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTSH), die TuTech Innovation GmbH und die Innovationsstiftung Hamburg. Die EU-Kommission genehmigte den Projektvorschlag und finanziert zunächst von 2008 bis 2010 die Projektkosten mit insgesamt 1,5 Mio. €. Damit weitet die IB ihre EU-Aktivitäten jetzt nach Hamburg aus: Aufgrund der langjährigen EU-Erfahrung hat die IB die Koordination des neu entstandenen Netzwerks „Enterprise Europe Network“ in Hamburg und Schleswig-Holstein übernommen. Das Team der IB tritt unter dem Namen IB.Europa auf – und nicht mehr als EIC.

Mit dem Enterprise Europe Network steht ab 2008 den Unternehmen in Schleswig-Holstein und Hamburg das größte Netzwerk in Europa mit mehr als 500 Beratungszentren in fast 40 Ländern als ein „One Stop Shop“ zur Verfügung. Die langjährige Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den zusammengeschlossenen Kontaktstellen stellt weiterhin eine kompetente Unterstützung sicher.



EU-Förderprogramme im Ostseeraum

Die IB ist für die Abwicklung verschiedener EU-Förderprogramme im Ostseeraum verantwortlich. So übernahm sie in der Förderperiode 2000–2006 die Funktion der gemeinsamen Verwaltungsbehörde und Zahlstelle und war Trägerin der Programmsekretariate für die Programme:

- ▶ Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme, einschließlich der INTERREG III A Programme Estland-Lettland-Russland (Nord) and Lettland-Litauen-Weißrussland (Süd) und des Startkapital-Instruments „Seed Money“
- ▶ INTERREG IIIC North

Zusätzlich agierte die IB als federführender Partner für den INTERACT Point IIIC Coordination in Rostock (Ende 2007 abgeschlossen).

Auch in der neuen Förderperiode 2007–2013 ist die IB an der Durchführung zahlreicher EU-Programme beteiligt. Sie ist Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie Trägerin des Programmsekretariats in Rostock/Riga für das Ostseeraumprogramm 2007–2013. Für zwei neue Info Points fungiert die IB als Anstellungsträger: Der „INTERREG IVC Info Point North“ wird ebenso wie ein „Contact Point“ für das neue grenzübergreifende Programm „Südlicher Ostseeraum 2007-2013“ (im Auftrag der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern) im Rostocker Büro angesiedelt.

Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme & Baltic Sea Region Programme 2007–2013: Abwicklung der alten und Vorbereitung der neuen Förderperiode

Das „Baltic Sea Region INTERREG III B Neighbourhood Programme“ (Nachbarschaftsprogramm INTERREG III B Ostseeraum) unterstützt seit 2001 die transnationale Zusammenarbeit von Ostseeregionen. In gemeinsamen Projekten verwirklichen Partner der Ostseeanrainer Ideen zur Raumplanung und Regionalentwicklung mit dem Ziel, die Zukunftsperspektiven und Lebensbedingungen im Ostseeraum zu verbessern. Im Jahre 2004 wurden zwei INTERREG III A Programme zur grenzüberschreitenden Kooperation integriert: INTERREG III A Estland-Lettland-Russland (Nord) und INTERREG III A Lettland-Litauen-Weißrussland (Süd). Die Programmsekretariate als zentrale Verwaltungsstellen sind in Rostock und Riga angesiedelt. Ende

2007 waren dort 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Durchführung des Programms beschäftigt.

Aus Mitteln der Technischen Hilfe des EU-Programms „TACIS“ werden darüber hinaus bis Ende 2008 drei Experten im Büro Riga beschäftigt, die Projektpartner in russischen und weißrussischen Regionen unterstützen. Zusätzlich bereichern zwei Info Points in St. Petersburg und Pskov die Informationsarbeit des Sekretariats mit Angeboten, die speziell auf die Bedürfnisse russischer Partner zugeschnitten sind. Die IB hat darüber Verträge direkt mit der Europäischen Kommission abgeschlossen.

INTERREG III B Programm

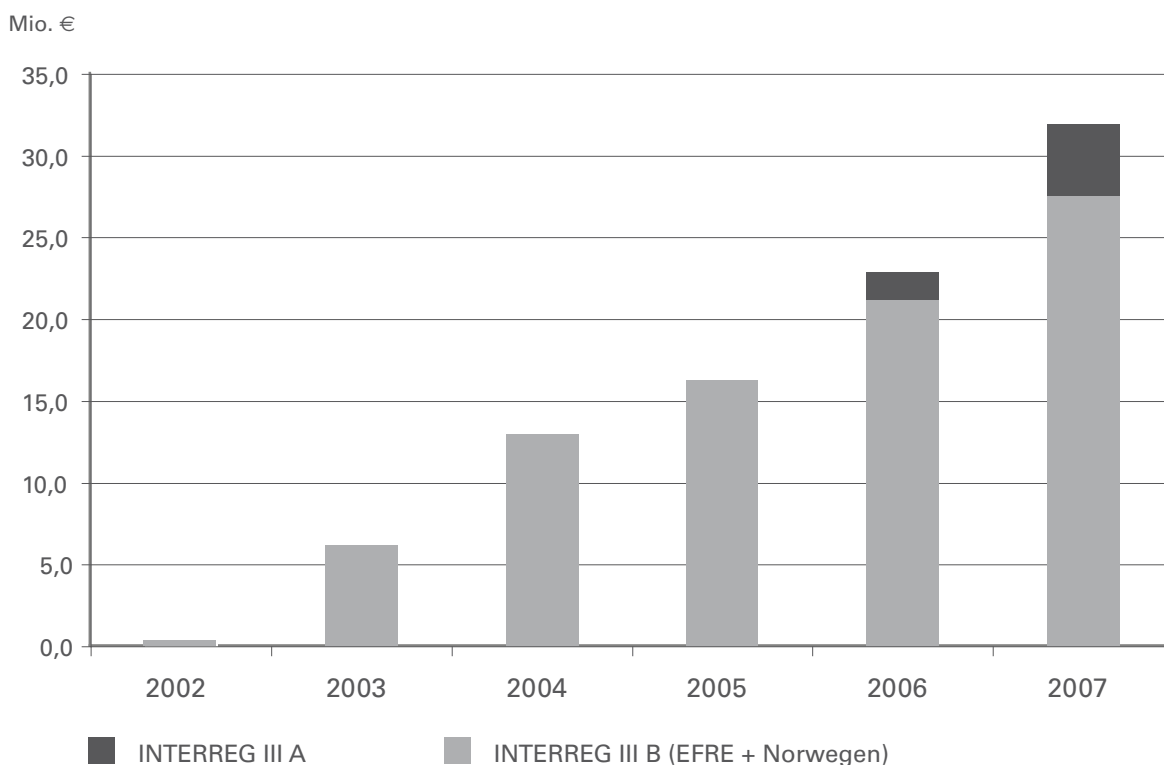


Insgesamt betreut INTERREG III B 119 durch den EFRE geförderte Projekte, von denen die letzten im Februar 2008 abschließen. Der Förderanteil beläuft sich auf 126 Mio. €, davon sind 121 Mio. € EFRE- und 5 Mio. € norwegische Fördergelder. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 84,6 Mio. € der zugesagten Mittel an die III B Projekte ausbezahlt.

Auch im Rahmen des „Neighbourhood Programme“ (Nachbarschaftsprogramm) wurden alle verfügbaren EU-TACIS-Mittel vergeben. Um diese Gelder, die die Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten und den zentral- und osteuropäischen

Staaten fördern, konnten sich Partner aus Russland und Weißrussland gemeinsam mit Partnern der EU bewerben. Insgesamt werden 33 Projekte durch 7,1 Mio. € TACIS-Mittel gefördert, davon erhalten 24 zusätzlich auch EFRE-Mittel. Die Betreuung der durch TACIS unterstützten Projektpartner sowie die Auszahlung der TACIS-Fördergelder obliegen den Delegationen der Europäischen Kommission in Russland und Weißrussland. Das Programmsekretariat hat die Europäische Kommission bei der Projektbewertung und Auswahl begleitet.

Geleistete Auszahlungen von EFRE-Mitteln und norwegischen Fördergeldern an INTERREG III A und III B Projekte 2002-2007



Stand 31.12.2007; Quelle: INTERREG III B Treuhandkonto

Geleistete Auszahlungen an INTERREG III A und III B Projekte 2002–2007 in Mio. €

Jahr	III B (EFRE + Norwegen)	III A	Gesamt
2002	0,3	0,0	0,3
2003	6,2	0,0	6,2
2004	13,0	0,0	13,0
2005	16,3	0,0	16,3
2006	21,2	1,7	22,9
2007	27,6	4,4	32,0
Gesamt	84,6	6,1	90,7

Stand 31.12.2007; Quelle: INTERREG III B Treuhandkonto

Ausblick: Baltic Sea Region Programme 2007–2013



Eine der Hauptaufgaben im Jahr 2007 war, wie auch im vorherigen Jahr, die Vorbereitung der neuen Programmperiode 2007–2013. Die IB wird auch für das Folgeprogramm „Baltic Sea Region Programme 2007–2013“ als Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde sowie Trägerin der Programmsekretariate in Rostock und Riga für die ordnungsgemäße Programmumsetzung zuständig sein. Im November 2007 wurde das abgestimmte Programmdokument bei der Europäischen Kommission eingereicht und von dieser am 21. Dezember 2007 genehmigt.

Das neue Programm wird erstmals drei verschiedene Quellen von Fördermitteln vereinen und gemeinsam verwalten. Das Programmvolumen (inkl. Beteiligungen der Mitgliedstaaten) erhöht sich auf rund 293 Mio. €. Davon sind 208 Mio. € EFRE-Mittel und 6 Mio. € norwegische Fördergelder. 23 Mio. € stammen aus dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (European Neighbourhood and Partnership Instrument – ENPI), dem Nachfolger des TACIS-Programms.

Das Budget der Technischen Hilfe 2008–2015 beläuft sich auf insgesamt rund 21 Mio. €. Der verbleibende Betrag von 272 Mio. € dient der Projektförderung.

INTERREG III A Programme

Die beiden Programme INTERREG III A Nord und INTERREG III A Süd verfügten über ein Fördervolumen von 18,3 Mio. € EFRE-Mitteln und 7,5 Mio. € TACIS-Mitteln. Insgesamt wurden in fünf Bewerbungsrunden 99 Projekte genehmigt, davon 46 in der Priorität Estland-Lettland-Russland (Nord) und 53 in der Priorität Lettland-Litauen-Weißrussland (Süd). Die letzten EFRE-Mittel wurden in der vierten Bewerbungsrunde gebunden und die Vergabe der TACIS-Mittel wurde in der fünften Runde abgeschlossen. Bis Ende 2007 wurden 79 der genehmigten

Projekte abgeschlossen. Bis April 2008 müssen auch die übrigen 11 mit EFRE-Fördermitteln teilfinanzierten Projekte ihre Aktivitäten abschließen. Neun weitere ausschließlich durch TACIS finanzierte Projekte werden erst in 2009 abschließen. Ihre Abwicklung erfolgt durch die zuständigen Delegationen der Europäischen Kommission in Russland und Weißrussland. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 6,1 Mio. € der zugesagten Mittel an die III A Projekte ausbezahlt.

INTERREG IIIC Nord



Das INTERREG IIIC Nord Programm fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen und Regionen in der gesamten Europäischen Union. Ziel ist es, die Effizienz und Effektivität regionaler Entwicklungsmaßnahmen und -programme zu verbessern. Die IB betreut dieses Förderprogramm als gemeinsame Verwaltungsbehörde und Zahlstelle seit 2002.

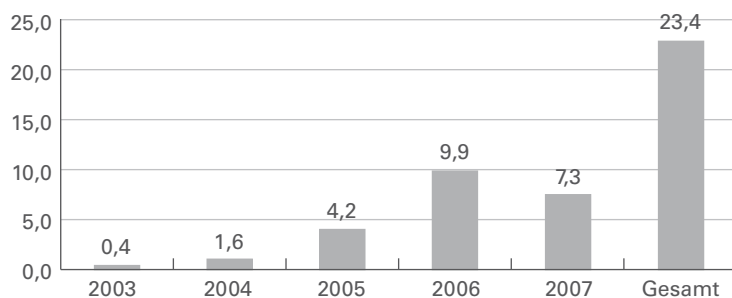
Insgesamt genehmigte der Lenkungsausschuss – der sich aus Vertretern der EU-Mitgliedstaaten Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen sowie Norwegen und Weißrussland zusammensetzt – 35 interregionale Projekte. Bis Ende 2007 brachten alle Projekte ihre geförderten Aktivitäten nach einer mehrjährigen Umsetzungsphase zum Abschluss. Die Verwendungsnachweise über die letzte Berichtsperiode

werden bei den vier Mitarbeitern des Programmsekretariats in Rostock im ersten Halbjahr 2008 eingehen.

Das Gesamtvolumen der genehmigten Projekte beträgt 56 Mio. €. Davon werden 32 Mio. € aus dem EFRE kofinanziert. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt nach Projektfortschritt. Bis Ende 2007 wurden insgesamt 23 Mio. € der zugesagten EFRE-Mittel an die Projekte ausgezahlt. Weitere Auszahlungen werden in 2008 erfolgen.

Zusätzlich koordinierte das Sekretariat in Rostock seit 2004 federführend die Zusammenarbeit zwischen den vier INTERREG IIIC Programmzonen. Diese Aktivitäten wurden in dem „INTERACT Point IIIC Coordination“ zusammengefasst. Für die Durchführung der gemeinsamen Aktivitäten wurden zusätzlich 2,1 Mio. € Fördergelder aus dem EFRE zur Verfügung gestellt. Die Aktivitäten wurden zum Ende 2007 abgeschlossen.

Geleistete EFRE-Mittel-Auszahlungen an INTERREG IIC Nord Projekte 2003–2007 in Mio. €



Stand 31.12.2007

INTERREG IVC Info Point North



Im November 2007 hat im Rostocker INTERREG-Sekretariat der INTERREG IVC Info Point North seine Arbeit aufgenommen. Bis 2013 wird dieser Info Point Antragsteller aus Deutschland, Skandinavien und dem Baltikum bei der Entwicklung von INTERREG IVC Projektanträgen unterstützen. INTERREG IVC ist das Nachfolgeprogramm von INTERREG IIC zur europaweiten interregionalen Zusammenarbeit. Durch dieses Programm werden Kooperationsprojekte zu den Themenbereichen „Innovation und wissensbasierte Wirtschaft“ sowie „Umweltschutz und Risikovermeidung“ gefördert.

Statt vier geographisch aufgeteilter Programme gibt es in der neuen Strukturfondsperiode nur noch ein einziges europaweites Programmgebiet, das von einem zentralen Sekretariat in Lille koordiniert wird. In den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und bei der Beratung von Antragstellern wird das Sekretariat durch drei dezentrale Info Points mit regionalen Zuständigkeiten in Rostock, Kattowitz (Polen) und Valencia (Spanien) unterstützt. Der Info Point North ist aus dem Sekretariat des Vorgängerprogramms INTERREG IIC North hervorgegangen. Er verfügt über ein Budget von 1,2 Mio. € für die Laufzeit von knapp sechs Jahren und wird mit zwei Stellen besetzt sein.

Ausblick 2008

Alle Projekte der Programme der Förderperiode 2000–2006 werden im Frühjahr 2008 abgeschlossen sein. Nach Überprüfung ihrer Fortschrittsberichte und Auszahlung der verbliebenen EFRE-Mittel und norwegischen Gelder im ersten Halbjahr 2008 werden in 2009 die Dokumente zum Abschluss der Programme bei der Europäischen Kommission eingereicht.

Der Hauptschwerpunkt der Arbeit wird ab 2008 auf die Umsetzung der neuen EU-Strukturförderprogramme für territoriale Kooperation verlagert.

So wird am 14.-15. Februar 2008 der Begleitausschuss des neuen Ostseeraumprogramms mit Vertretern der 11 Mitgliedsstaaten das erste Mal zusammentreffen, um über die zukünftigen Projektauswahlkriterien und Durchführungsinstrumente des Programms zu entscheiden. Anschlie-

ßend wird die erste Bewerbungsrunde der neuen Programmperiode eröffnet. In diesem Zusammenhang wird das Gemeinsame Technische Sekretariat die Antragsteller in Seminaren („Lead Applicant Seminars“) und Projektkonsultationen („Individual Project Consultations“) beraten sowie an der Projektbewertung beteiligt sein. Eine erste Entscheidung über die Projektanträge durch den Begleitausschuss ist für Oktober 2008 vorgesehen.

Die erste Bewerbungsrunde des INTERREG IVC Programms wird am 15. Januar 2008 enden. Anschließend wird der neue INTERREG IVC Info Point North das Technische Sekretariat aus Lille bei der Bewertung der Projektanträge unterstützen. Gleichzeitig wird die Beratung der Projektträger aus Deutschland sowie aus den Ostseeanrainerstaaten fortgesetzt.

Kulturrengagement

Kulturrengagement der IB – mit Kultur die Region stärken

Das kulturelle Angebot einer Region ist ein wichtiger Faktor für ihre Attraktivität. Als zentrales Förderinstitut des Landes ist uns daher die Unterstützung der regionalen Kunst und Kultur ein wichtiges Anliegen. Unser Kulturrengagement beruht auf drei Säulen:

Wir unterstützen kulturelle Belange im Rahmen unserer originären Arbeit, z. B. durch Fördermittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds und der Städtebaulichen Denkmalpflege. Daneben bieten wir auch in diesem Bereich eine kostenlose Beratung an. Dies gilt ebenso für Existenzgründungen in der Kulturwirtschaft.

An zweiter Stelle steht das Sponsoring. Unsere langjährigen Partnerschaften mit JazzBaltica und dem Literaturhaus Schleswig-Holstein konnten wir in 2007 erfolgreich fortsetzen. Erstmals fand im Vorfeld des JazzBaltica-Festivals eine Preview-Veranstaltung für Gäste der Bank und Freunde des Jazz mit einem Konzert der Tim Rodig Band und Ulita Knaus in der IB statt. Die Preview-Veranstaltung wird nun jährlich durchgeführt. In 2008 wird außerdem erstmalig der von der IB gestiftete JazzBaltica-Förderpreis vergeben. Durch diesen Preis sollen die Arbeit und das künstlerische Potential jüngerer, norddeutscher Jazzmusiker gewürdigt werden.

In der bewährten Zusammenarbeit mit dem Literaturhaus Schleswig-Holstein unterstützen wir Projekte der landesweiten Literaturvermittlung und konnten in 2007 mit Lesungen von Lars Brandt und Björn Kern zwei erfolgreiche eigene Veranstal-

tungen für Gäste und Mitarbeiter realisieren.

In fester Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtag ist die Ausstellungsreihe bildender Künstler unter dem Motto „Paare“ initiiert worden. In dieser Reihe, die auf große Resonanz gestoßen ist, traten bisher die Ehepaare Peter Nagel und Hanne Nagel-Axelsen sowie Hanna und Johannes Jäger und das Geschwisterpaar Menno und Philine Fahl auf. Erstmals wurde 2007 ein festes Sponsoring mit dem Bundesverband Bildender Künstler, Landesverband Schleswig-Holstein (BBK SH) vereinbart: Der BBK SH organisiert jährlich vier Ausstellungen regionaler Künstlerinnen und Künstler in den Räumlichkeiten der IB. Eine feste Größe im Kulturrengagement bleibt der IB-Kunstkalender mit Kunst aus der Region, der in einer Auflage von 2.500 Exemplaren seit 1992 erscheint.

Der dritte Aspekt ist das Angebot kultureller Aktivitäten für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als integrierter Bestandteil der Unternehmenskultur. Kunst und Kultur sind in der IB ein wichtiges Element der innerbetrieblichen Kommunikation, um Kreativität und Motivation zu beflügeln. Der Kulturkreis der IB eröffnet unseren Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich mit Kunst und Kultur auseinander zu setzen, an Kulturevents teilzunehmen und die künstlerischen Belange der IB mitzugestalten.

Im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten werden wir unser Kulturrengagement auch weiterhin fortsetzen.





Ausschnitt aus „Immer wieder“ von Katharina Reinshagen-Heineke, 70 x 54 cm



Jahresabschluss

Lagebericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

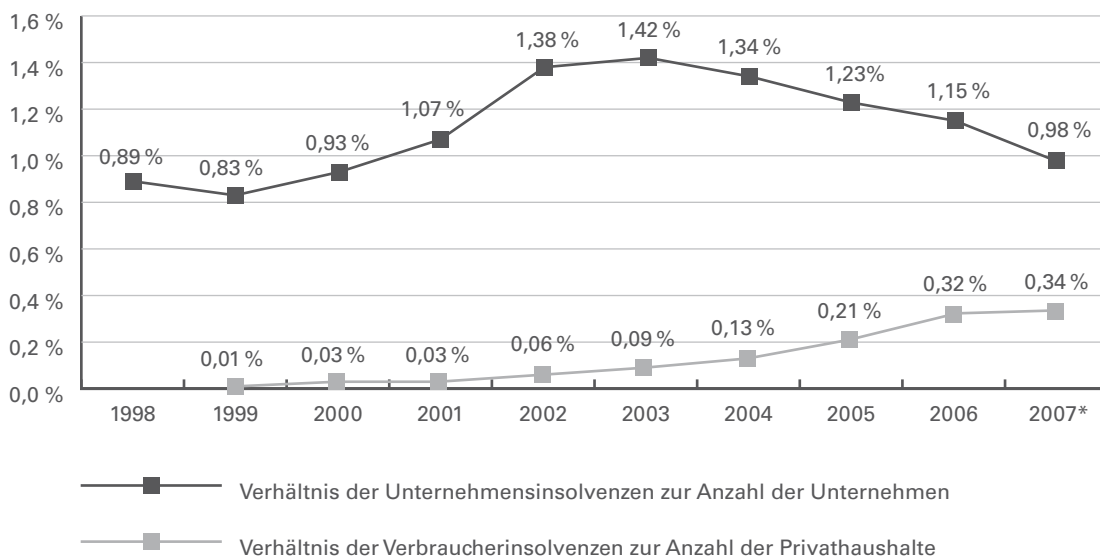
1.1. Wirtschaftliches Umfeld

Im Jahr 2007 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland um 2,5 % (Vj. 2,9 %). Die Wachstumsimpulse kamen dabei sowohl aus dem Aus- als auch aus dem Inland. Der Außenbeitrag stieg um 1,4 %-Punkte, während der inländische Beitrag bei 1 % lag und im Wesentlichen durch die Bruttoanlageinvestitionen getragen wurde. Die Wohnungsbauinvestitionen blieben dagegen deutlich hinter der Zuwachsrate des Vorjahres zurück. Die Konsumausgaben trugen mit 0,2 %-Punkten zum BIP-Wachstum bei. Dieser Wachstumseffekt ist ausschließlich auf die Konsumausgaben des Staates zurückzuführen, der private Konsum verringerte

te sich gegenüber dem Vorjahr und spiegelt auch die Mehrwertsteuererhöhung wider, die in 2006 zu Vorzieheffekten geführt hatte.

Auf Basis der Zahlen des 3. Quartals ist für 2007 bei den Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein ein weiterer Rückgang zu erwarten, während sich der Trend steigender Verbraucherinsolvenzen in abgeschwächter Form fortzusetzen scheint. Als Folge dieser Entwicklung reduzierte sich auch die Nettoneuzuführung zu den Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen im Bereich Wirtschaft. Im Immobilienbereich lag diese dagegen nur leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Abb. 1: Insolvenzentwicklung in Schleswig-Holstein 1998 bis 2007



* Hochrechnung auf Basis des 3. Quartals 2007

Das Marktumfeld für die Banken wurde in 2007 durch die Subprime-Krise in den USA stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Folge war bei unterschiedlichen Banken des In- und Auslands ein teilweise Existenz bedrohender Wertberichtigungsbedarf. Zumindest in den USA führte diese Krise zu einer deutlichen Eintrübung der Konjunktorentwicklung, auf die die FED mit Zinssenkungen reagierte.

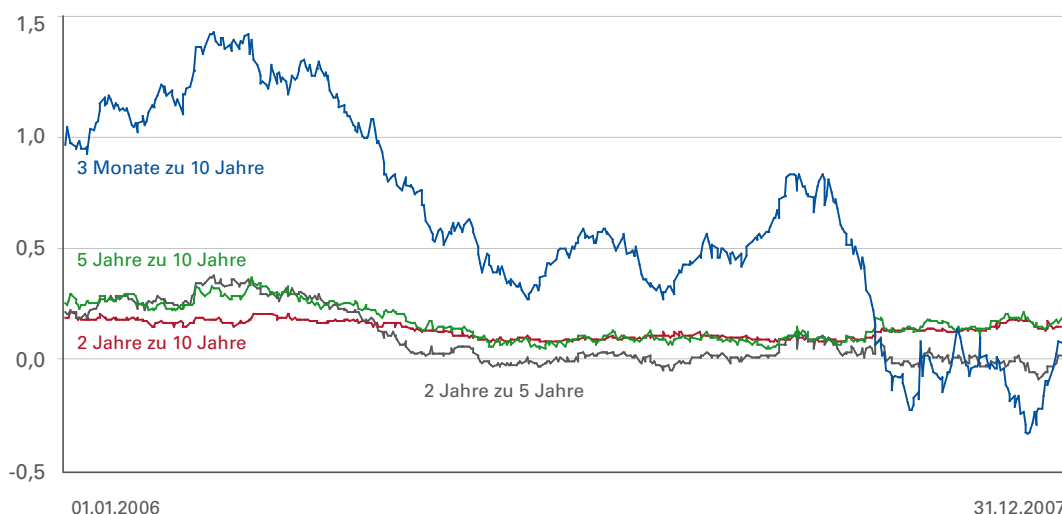
Geldpolitisch stand das abgelaufene Jahr 2007 in Europa zunächst im Zeichen weiterer Leitzinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) von 3,5 % Anfang des Jahres auf 4,0 % (Juni 2007). Dem Einfluss der Subprime-Krise und den Zinssenkungen der FED begegnete die EZB dadurch, dass sie von weiteren Zinserhöhungen Abstand nahm.

In der Zinsentwicklung spiegelt sich dann die seit Anfang August 2007 stark gestiegene Unsicherheit

in den Liquiditätsdispositionen der Banken wider. Dies zeigt sich besonders deutlich in der Entwicklung des Tagesgeldsatzes. Dieser Satz stieg kräftig an, als sich die Banken mit deutlich gestiegenen Liquiditätsrisiken konfrontiert sahen. Um den Spannungen am Geldmarkt entgegenzuwirken, signalisierte die EZB ihre Bereitschaft, mit großzügigen Refinanzierungsangeboten den plötzlich aufgetretenen Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken.

Der Kapitalmarkt in der Eurozone war im Jahr 2007 durch ausgesprochen flache und zeitweise inverse Zinsstrukturen (siehe Abb. 2), ein im historischen Vergleich weiterhin niedriges Zinsniveau sowie eine geringe Schwankungsbreite der Renditen gekennzeichnet. Insgesamt wurden hierdurch die Möglichkeiten im Treasurybereich erheblich eingeschränkt.

Abb. 2 Spreadentwicklung der Swapzinssätze 2006 bis 2007 in Prozentpunkten



1.2. Betriebliche Entwicklung

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (kurz IB) wurde am 1. Juni 2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹. Alleinigster Träger der IB ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Mit dem „Zukunftsprogramm Wirtschaft“ hat das Land erneut wesentliche Aufgaben der wirtschafts- und regionalpolitischen Förderung für die Förderperiode 2007–2013 auf die IB übertragen. Insgesamt stehen Mittel aus dem „Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE), aus der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und Landesmitteln zur Förderung regionaler Projekte und betrieblicher Investitionen - künftig im gesamten Landesgebiet - zur Verfügung.

Mit der Übertragung des „Zukunftsprogramms Arbeit“ auf die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat das Land den Status der IB als „Zentrales Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein“ untermauert und die EU-Kompetenz des Landes in der IB weiter konzentriert. Im Rahmen dieses Programms stehen für die Förderperiode 2007–2013 Mittel aus dem „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) und Landesmitteln für Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung zur Verfügung. Schwerpunkte des Programms sind Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen, Verbesserung des Humankapitals und Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung von benachteiligten Personen.

Die Einführung der neuen Förderprogramme verlief weitgehend ohne Schwierigkeiten. Insbesondere die umfassende und langjährige Erfahrung der IB mit der Umsetzung öffentlicher Förderpro-

gramme und der Einsatz entsprechend qualifizierten Personals gewährleisten die Kontinuität in der Abwicklung des Arbeitsmarktprogramms.

Im Rahmen der EU-Ausrichtung „European Territorial Cooperation“ wird die IB für das Programm „Baltic Sea Region Programme 2007–2013“ wiederum als Verwaltungsbehörde und Zertifizierungsstelle sowie Trägerin des Programmsekretariates in Rostock und Riga für die ordnungsgemäße Programmumsetzung zuständig sein. Zudem wurden für die neue Programmperiode ein „Info Point“ im Rahmen des Programms zur interregionalen Zusammenarbeit INTERREG IVC sowie ein nationaler „Contact Point“ für das „South Baltic Programme“ eingerichtet.

Mit Wirkung zum 30. Juni 2007 hat die IB 1/3 der Stimmrechtsanteile an der Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (LGSH) erworben. Die vor über 90 Jahren gegründete LGSH ist die einzige anerkannte, gemeinnützige Siedlungsgesellschaft in Schleswig-Holstein. Sie zählt zu ihrem Geschäftsbereich die Förderung des Agrarstrukturwandels und die Flächenbeschaffung für Naturschutz- und Infrastrukturprojekte. Die LGSH ist Dienstleister für die Gemeinden, Kreise, das Land sowie für die Institutionen und Betriebe im ländlichen Raum, sodass wir in dieser Beteiligung eine gute Ergänzung unseres Förderauftrages sowie auch eine Stärkung unserer Position als zentrales Förderinstitut in Schleswig-Holstein sehen. Gleichzeitig wird die Bedeutung der LGSH als Siedlungsgesellschaft für Schleswig-Holstein durch unsere Beteiligung verstärkt. Das Land Schleswig-Holstein hat zugesagt, dass bis zum Ende des Jahres 2013 die LGSH weiterhin Siedlungs-, Agrarstrukturverbesserungs- und Landentwicklungsmaßnahmen sowie Vertragsnaturschutz und ein Flächenmanagement im Eigen-, Auftrags- und Treuhandgeschäft im Landesauftrag durchführen wird.

¹) § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz – IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.)

Im Geschäftsjahr 2007 wurden weitere Investitionen in die Implementierung einer zukunftsfähigen „Basel II“- und SAP/ABAKUS-konformen Meldewesenarchitektur getätigt. Weitere Investitionen entfallen auf die Gebäude sowie auf die Büroausstattung im Zusammenhang mit dem neu aufgebauten Bereich Arbeitsmarkt- und Strukturförderung. Insgesamt betragen die Investitionen in das Anlagevermögen 2,0 Mio. € (Vj. 2,1 Mio. €).

Die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung („Basel II“), einschließlich des Risikomanagements der Kreditinstitute (MaRisk), erfolgte im Rahmen eines umfangreichen Projekts. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur Prozesse reorganisiert. Auch die IT-Anwendungen der Meldewesensysteme erfuhren infolge veränderter Strukturen teilweise erhebliche Anpassungen und Erweiterungen. In der IB gelangen ab dem 1. Januar 2008 der Standardansatz (Adressenausfallrisiken) und der Basisindikatoransatz (Operationelle Risiken) zur Anwendung.

Zum 31.12.2007 beschäftigte die IB 227 Mitarbeiterinnen und 179 Mitarbeiter (insg. 406, Vj. 410), davon 302 Vollzeit- (Vj. 319) und 104 Teilzeitkräfte (Vj. 91). In den Beschäftigtenzahlen enthalten sind der Vorstand sowie 13 (Vj. 14) Auszubildende und Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 43,6 Jahren (Vj. 43,8), die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit betrug 15,6 Jahre (Vj. 15,4).

Im Jahr 2007 wurden 4 Auszubildende eingestellt. Die IB bildet derzeit in den Ausbildungsgängen Bankkauffrau/-mann, Bürokauffrau/-mann, Bachelor of Arts und Bachelor of Science aus. Darüber hinaus umfasst das Ausbildungsangebot Traineeprogramme, Rechtsreferendariate und Praktikumsplätze.

Die fachliche und persönliche Förderung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genießt einen hohen Stellenwert in der IB. Im Jahr 2007 wurden 922 interne und externe Weiterbildungs- und Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Ein Teil der Maß-

nahmen betrifft die gesetzliche Anforderung nach einer Mitarbeiterschulung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz.

In 2007 wurden turnusgemäß Personalentwicklungstage in der Investitionsbank durchgeführt. Diese dienen der Standortbestimmung über die Qualifikationen und die Erfüllung der Arbeitsplatzanforderungen und haben das Ziel der Sicherung der Mitarbeiterqualifikation, einer bedarfsorientierten Mitarbeiterentwicklung sowie der Ermittlung von Potentialträgern für zukünftige Führungs- oder Expertenpositionen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde eine neue Dienstvereinbarung verabschiedet. Ziele dieser Dienstvereinbarung sind die Einführung einer betrieblichen Grundlage zur sozialen Absicherung, Beratung und Unterstützung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das bis dahin bestehende Angebot an familienfreundlichen Maßnahmen (wie z.B. „flexible Arbeitszeitgestaltung“ oder „Training on the job“) wurde mit Einführung dieser Dienstvereinbarung unter anderem in den Punkten „Betreuung älterer oder erkrankter Angehöriger“ und „familiäre Ausnahmesituationen“ erweitert.

Seit Februar 2007 bietet die IB ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit der Kinderbetreuung im Notfall. Hierzu wurde eine Vereinbarung mit einer entsprechenden Einrichtung geschlossen. Die Nutzung der Kinderbetreuungseinrichtung ist für die Fälle vorgesehen, in denen kurz- oder auch längerfristig die Regelbetreuung für Kinder unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausfällt und eine andere Betreuungsmöglichkeit gefunden werden muss.

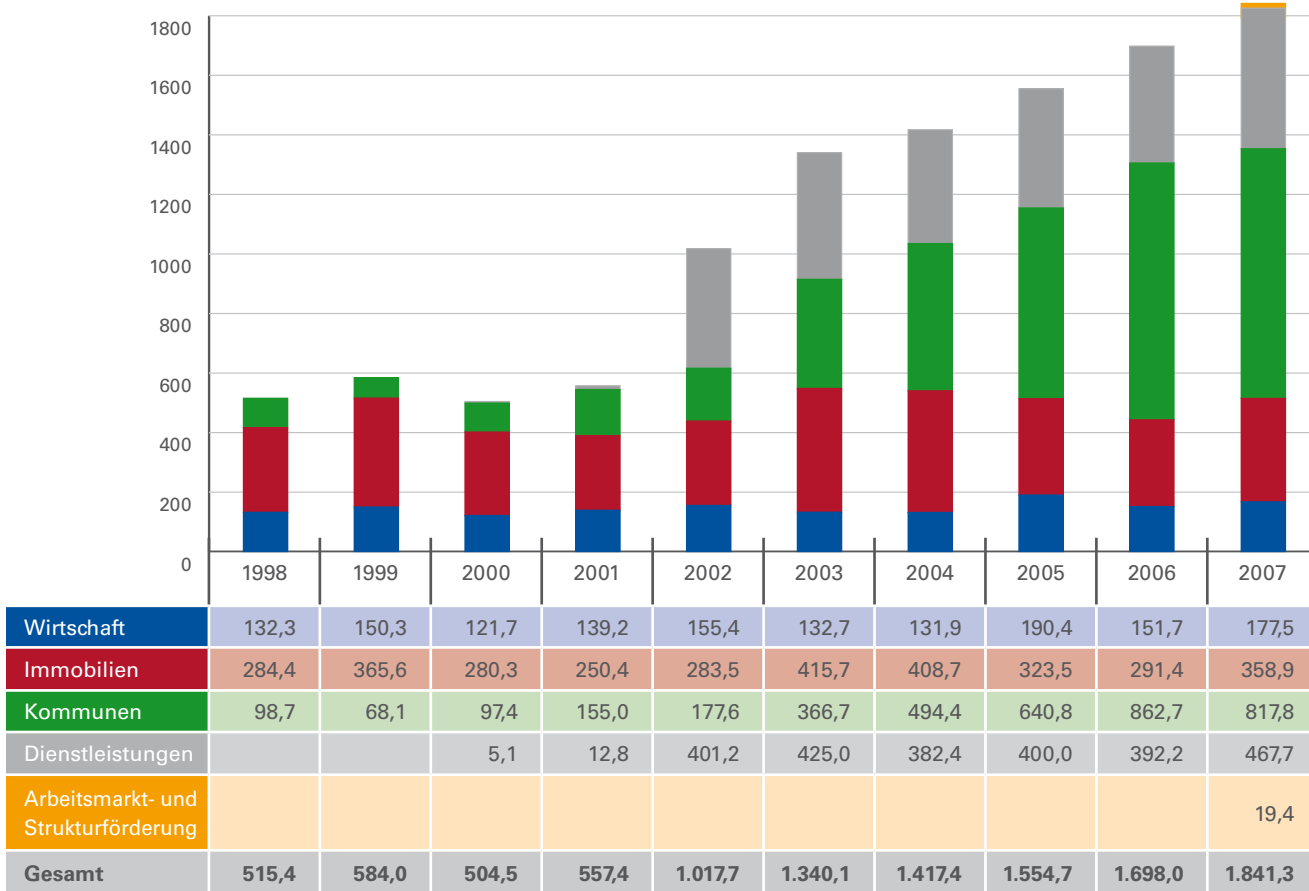
Im 4. Quartal 2007 wurde ein Frauenförderplan erstellt. Mit diesem Instrument zur Herstellung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen wurden Zielvorgaben für die Gesamtbank sowie ein Maßnahmenkatalog festgelegt.

1.3. Geschäftsverlauf

Die Marktbereiche der IB sind in die Sparten Immobilien, Wirtschaft und Kommunen unterteilt. Leistungen, die keiner dieser Sparten zugeordnet sind, werden in der Sparte Dienstleistungen zu-

sammengefasst. Zudem werden die Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarkt- und Strukturförderung, die nicht Bankgeschäft i. S. d. KWG sind, in einer neuen, gleich lautenden Sparte abgebildet.

Abb. 3: Neugeschäftsentwicklung 1998 bis 2007 nach Sparten in Mio. €



Das Neugeschäftsvolumen bildet einen zentralen finanziellen Leistungsindikator für die Beurteilung der Fördertätigkeit der IB. Im Geschäftsjahr 2007 wurde in den oben genannten Sparten ein Neugeschäftsvolumen von insgesamt 1.841,3 Mio. € (Vj. 1.698,0 Mio. €) erzielt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rd. 8 %. Der

Förderbestand zum 31.12.2007 erhöhte sich auf 10,9 Mrd. € (Vj. 9,8 Mrd. €). Von dem Neugeschäftsvolumen entfallen 92 % auf Darlehen und Bürgschaften sowie 8 % auf Zuschüsse.

Die Sparte **Wirtschaft** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 177,5 Mio. € (Vj. 151,7 Mio. €). Dies ent-

spricht einem Anteil am gesamten Neugeschäft von rd. 10 % (Vj. 9 %). Wesentlicher Träger des Neugeschäftes waren die Kooperations- und Investitionsdarlehen. Schwerpunktbranchen waren sowohl das verarbeitende Gewerbe als auch der Dienstleistungssektor. Mit dem für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegten Kreditprogramm „IB.KMUdirekt“ konnten vermehrt Unternehmen mit einem geringen Finanzierungsbedarf unterstützt werden.

Hinsichtlich der Begleitung von Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe wurden die Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Sparkassen und VR-Banken angepasst. Die Zusammenarbeit mit den Banken wurde durch eine verstärkte Betreuung intensiviert.

Aus dem EFRE-Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein konnten im Geschäftsjahr 2007 weitere Beteiligungen platziert werden. Gemeinsam mit dem Land Schleswig-Holstein und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH wurde im abgelaufenen Jahr der EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II aufgelegt, in den erneut auch Gelder der Europäischen Union aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) eingeflossen sind. Dieser Fonds kann offene und stille Beteiligungen an Unternehmen nunmehr in ganz Schleswig-Holstein eingehen. Bereits in 2007 konnten hier erste Beteiligungen platziert werden.

Auf Grundlage des Aufstiegsfortbildungsgesetzes (Meister-BAföG) wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr in rd. 2.000 Fällen Fortbildungsmaßnahmen aus Mitteln des Bundes und des Landes unterstützt. Diese staatliche Förderung der Aufstiegsfortbildung erleichtert qualifizierten Fachkräften einen beruflichen Aufstieg.

In der Förderberatung war bei den Existenzgründungsinteressierten ein dem Bundestrend entsprechender Rückgang um rd. 11 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während bei bereits bestehenden Unternehmen eine Zunahme um

rd. 11 % gegenüber dem Vorjahr festzustellen war. Die Zahl der Beratungsleistungen stieg insgesamt um rd. 4 % auf 2.798 (Vj. 2.702). Daneben wurden im Geschäftsjahr 105 (Vj. 107) dezentrale Informationsveranstaltungen durchgeführt. Im Rahmen des Projekts „JUNIOR – Schüler als Manager“ betreut die IB in Zusammenarbeit mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln befristet Schülerunternehmen. Den Schülerinnen und Schülern werden hierbei wirtschaftliche Zusammenhänge sowie die Perspektive einer beruflichen Selbständigkeit nahe gebracht.

Die Sparte **Immobilien** erzielte ein Neugeschäftsvolumen von 358,9 Mio. € (Vj. 291,4 Mio. €). Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäft beträgt rd. 20 % (Vj. rd. 17 %).

Durch die Änderung der Finanzierungsrichtlinien wurde die Soziale Wohnraumförderung deutlich attraktiver. Als wesentliche Veränderungen sind hervorzuheben: die Förderung von Gebrauchtsimmobilien, die Erhöhung der Förderbeiträge in den Präferenzgemeinden sowie die Reduzierung der erforderlichen Eigenbeteiligung. Dies hat zu einer stärkeren Nachfrage der Förderdarlehen geführt. Hierdurch wurde in vielen Fällen der Nachrang bereits durch diese Förderdarlehen belegt, was zu einer deutlich verminderten Nachfrage nach Darlehen der Allgemeinen Wohnraumförderung führte. Daneben wurde der Absatz durch die erhöhte Risikobereitschaft anderer Finanzierungsinstitute sowie den insgesamt herrschenden Margendruck erschwert. Dagegen wurde bei den KfW-Programmen zur Modernisierung und Sanierung eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr erzielt.

Das Individualgeschäft war nach wie vor von komplexen Finanzierungsfällen geprägt. Insbesondere bei Beteiligung mehrerer Finanzierungspartner gestaltet sich der Abstimmprozess daher sehr zeitaufwändig. Der frühzeitig notwendigen Einplanung der Finanzierungsmittel steht eine meist erst sehr viel später erfolgende zinswirksame Inanspruchnahme gegenüber.

In der Städtebauförderung wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr die Sanierungs- und Entwicklungsförderung kommunaler Gebiete und Städte insbesondere im infrastrukturellen Bereich weiter fortgeführt. Im Rahmen eines Sonderprogramms wurden Modellvorhaben im sozialen Bereich, vor allem für Maßnahmen der Integration, Aus- und Fortbildung sowie der sozialen Betreuung, maßgeblich finanziert. Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds wurden städtische Maßnahmen für eine zukunftsweisende Stadt- und Stadtteilentwicklung gefördert.

Die Sparte **Kommunen** erzielte ein Neugeschäft von 817,8 Mio. € (Vj. 862,7 Mio. €). Der Anteil der Sparte am gesamten Neugeschäftsvolumen betrug rd. 44 % (Vj. 51%). Wie auch bereits in den Vorjahren ist dieses hohe Niveau überwiegend auf das Kommunalkreditgeschäft zurückzuführen. Allerdings haben die steigenden Steuereinnahmen der Kommunen sowie die Bemühungen um Konsolidierung der Haushalte in Schleswig-Holstein zu einem gegenüber dem Vorjahr geringeren Neugeschäft geführt.

Für die Betreuung von Landes- und kommunalen Projekten durch das Kompetenzzentrum „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP) wurden weitere Mittel aus dem „Schleswig-Holstein Fonds“ zugesagt.

Mit der LBS Immobilien wurde ein Rahmenvertrag über die Erstellung von Energiepässen abgeschlossen.

Die Sparte **Dienstleistungen** erzielte ein Neugeschäft von 467,7 Mio. € (Vj. 392,2 Mio. €). Diese entfallen vollständig auf den Bereich Bundesförderung. Die deutliche Steigerung zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem verstärkten Einsatz von Programmkrediten der KfW bei gewerblichen Investitionen durch die Sparkassen. Darüber hinaus hat sich die erfolgreiche Einführung der in 2006 aufgelegten Global- und Einzelrefinanzierungen für Kreditinstitute positiv auf das Neugeschäft ausgewirkt.

Hinsichtlich des „Baltic Sea Region Programme“ war das abgelaufene Jahr geprägt durch die Vorbereitung der neuen Programmperiode 2007–2013. Im Mai 2007 wurde der Entwurf des Programmdokumentes von den Vertretern der beteiligten Mitgliedstaaten verabschiedet und der Europäischen Kommission zur Kommentierung vorgelegt. Der endgültige Programmentwurf wurde im November 2007 eingereicht und im Dezember durch die Europäische Kommission genehmigt. Das Programmvolumen beträgt rd. 221,5 Mio. €.

Insgesamt beträgt der Anteil der Sparte Dienstleistungen am gesamten Neugeschäftsvolumen rd. 25 % (Vj. 23 %).

Der neuen Sparte **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** wurde für das Geschäftsjahr 2007 ein Neugeschäftsvolumen von 19,4 Mio. € zugerechnet. Dies entspricht einem Anteil am Gesamtneugeschäft von 1 %.

2. Ertragslage

Das Geschäftsergebnis der IB zeigt einschließlich der einzelnen Ergebniskomponenten folgende Entwicklung.

Abb. 4: Ergebnisentwicklung 2003 bis 2007 in Mio. €

	2003	2004	2005	2006	2007
Zinsüberschuss	49,7	56,4	57,9	58,0	58,6
Provisionsüberschuss	2,0	2,0	2,6	2,5	2,9
sonstiger betrieblicher Überschuss	9,0	6,8	8,6	11,7	12,4
Summe der Erträge	60,7	65,2	69,1	72,2	73,9
Personalaufwendungen	-21,7	-23,5	-25,1	-25,8	-26,4
andere Verwaltungsaufwendungen	-12,5	-12,4	-12,6	-12,6	-12,4
Abschreibungen	-1,0	-1,0	-1,3	-1,6	-1,6
Summe der Aufwendungen	-35,2	-36,9	-39,0	-40,0	-40,4
Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten	25,5	28,3	30,1	32,2	33,5
Risikovorsorge/Bewertung	-24,1	-23,4	-28,4	-25,8	-29,5
Sondereffekte	3,6	0,0	3,4	-0,5	1,9
Jahresüberschuss	5,0	4,9	5,1	5,9	5,9

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere wurden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Aperiodische und betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter wurden in einer gesonderten Position ausgewiesen.

Die Entwicklung der Erträge verlief besser als geplant. Der Ergebnisbeitrag der Marktbereiche stieg aufgrund des erfreulichen Neugeschäftswachstums. Der Rückgang des Fristentransformationsergebnisses fiel nicht ganz so stark aus wie geplant. Insgesamt lag der Zinsüberschuss hierdurch mit 58,6 Mio. € leicht über dem des Vorjahres (Vj. 58,0 Mio. €).

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen sowie Erträge aus den Beteiligungen an der NordwestLotto GmbH & Co. KG und (erstmalig) der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH in Höhe von insgesamt 5,2 Mio. € (Vj. 5,0 Mio. €).

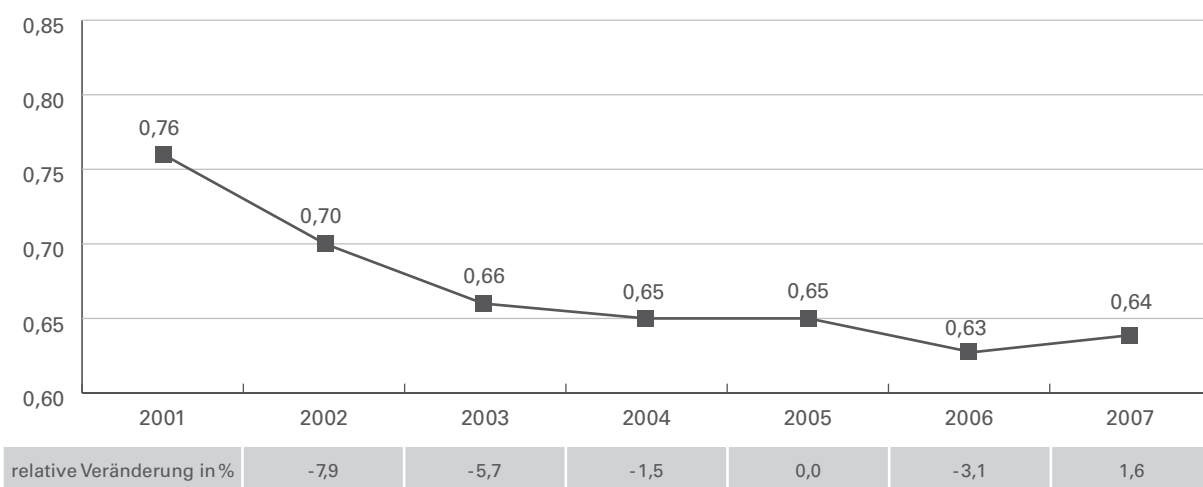
Durch erfolgreiches Kostenmanagement gelang es, den Anstieg der Aufwendungen auf moderate 1% zu begrenzen, sodass die IB das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung sowie Sondereffekten mit 33,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (32,2 Mio. €) erneut steigern konnte.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettozuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, den Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie Nettoerträge aus der Auflösung im Fonds für Zinsausgleich. Die IB hat keine Investitionen in ausländische Kreditportfolien getätigt. Es gibt keine direkte Beteiligung der IB in der Subprime-Krise, sodass eine Risikovorsorge hierfür nicht erforderlich war. Der Anstieg der Risikovorsorge gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf eine höhere Zuführung bei den Pauschalwertberichtigungen und bei den Vorsorgereserven nach § 340f HGB zurückzuführen. Die Risikovorsorge für Kredite ist gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig. Auch diese Entwicklung zeigt die robuste Verfassung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.

Die Sondereffekte beinhalten Zinserträge aus der Auflösung von derivativen Zinssteuerungsinstrumenten, Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber dem Land Schleswig-Holstein sowie Erträge aus der Änderung des Abzinsungsfaktors im Fonds für Zinsausgleich.

Der Jahresüberschuss beträgt 5,9 Mio. € (Vj. 5,9 Mio. €). Der Gewährträgerversammlung wird vorgeschlagen, hiervon einen Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € der Gewinnrücklage zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 1,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

Abb. 5: Produktivitätsentwicklung 2001 bis 2007 (Cost-Income-Ratio)



In der Analyse des Geschäftsergebnisses wird als finanzieller Leistungsindikator insbesondere auf die Produktivitätsentwicklung, gemessen als Cost-Income-Ratio, abgestellt. Sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Mitteleinsatz bezogen auf 1,- € Bruttoertrag ist. Aufgrund der Besonderheiten in der sozialen Wohnraumförderung erfolgt die Ermittlung dieser Kennzahl ohne die Daten aus diesem Geschäftsfeld. Die Höhe der Veränderung dieser Kennziffer von einer Berichtsperiode zur nächsten erlaubt die Aussage, in welchem Maß die

Summe der Einzelentscheidungen und Veränderungen zur Optimierung des Ergebnisses beigetragen hat.

Im Geschäftsjahr 2007 lag die Cost-Income-Ratio mit 0,64 über der des Vorjahres (Vj. 0,63). Dem relativen Anstieg der Erträge stand ein entsprechend höherer Anstieg der Aufwendungen gegenüber. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in den Aufwendungen für den Aufbau des neuen Bereichs „Arbeitsmarkt- und Strukturförderung“

3. Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der IB wird anhand der Kennzahl „Grundsatz II“ gem. § 11 KWG überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen

Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde eingehalten. Die IB war im Jahr 2007 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die im Spätsommer 2007 durch den amerikanischen Hypothekenkreditmarkt aus-

gelöste Subprimekrise hatte keine direkten Auswirkungen auf die IB. Die in Folge am Markt aufgetretenen Liquiditätsengpässe waren spürbar, blieben aber aufgrund des Standings der IB ohne Folgen.

Die Refinanzierung des Aktivgeschäfts erfolgte überwiegend mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Aus einem Rahmenvertrag mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank standen der IB weitere Mittel für die Refinanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum zur Verfügung. Durch Abschluss eines Finanzierungs-

vertrages mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) kann die IB im Kommunalkreditgeschäft erstmalig auch EIB-Refinanzierungsmittel einsetzen. Darüber hinaus ist aufgrund der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast des Landes Schleswig-Holstein die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet, da die Adresse IB bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung führt.

Im Rahmen einer aktiven Risikosteuerung wurden Teile des Kreditbestandes und des Neugeschäftes durch Swapgeschäfte zinsgesichert.

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB hat sich zum 31.12.2007 um rd. 15 % auf 12,8 Mrd. € (Vj. 11,1 Mrd. €) erhöht. Die wesentlichen Veränderungen der Bilanz- und Unterstrichpositionen werden im Folgenden näher erläutert.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich in allen Positionen, insbesondere bei den Kommunalkrediten.

Im Rahmen der Treasurystrategie wurden in 2007 weitere Wertpapiere für den Anlagebestand der Bank gekauft. Neben Anleihen und Schuldverschreibungen wurden hierbei erstmalig auch Geldmarktpapiere erworben. Schuldscheindarlehen wurden entsprechend den Emittenten unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die Beteiligungen erhöhten sich im Wesentlichen durch den Erwerb von Anteilen an der LGSH (siehe 1.2) sowie die Erhöhung der stillen Beteiligung an der MBG.

Im Treuhandvermögen erfolgte insbesondere aufgrund der im Kommunalen Investitionsfonds (KIF) eingesetzten Landesmittel ein weiterer Bestandsaufbau.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um die für die Ausweitung des Aktivgeschäfts erforderliche Refinanzierung. Die Refinanzierung des Aktivgeschäftes erfolgte dabei überwiegend mit Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Die passive Rechnungsabgrenzung reduzierte sich aufgrund ihrer planmäßigen Auflösung und des geringeren Neugeschäftes bei den Disagioprodukten im Bereich Immobilien.

Der Kapitalrücklage wurden Haushaltsmittel des Bundes von 12,6 Mio. € zugeführt. Mit Beschluss der Gewährträgerversammlung vom 05.06.2007 wurden aus dem Bilanzgewinn 2006 ein Betrag in Höhe von 4,9 Mio. € in die Gewinnrücklage eingestellt sowie ein Betrag von 1,0 Mio. € an das Land Schleswig-Holstein ausgeschüttet. Zum 31.12.2007 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.044,7 Mio. € (Vj. 1.025,6 Mio. €) ausgewiesen. Dieses enthält einen Bilanzgewinn in Höhe von 5,9 Mio. € (Vj. 5,9 Mio. €).

Die Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen erhöhten sich aufgrund neu eingegangener Bürgschaften in den Bereichen Immobilien und Wirtschaft.

5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

sind im Zeitraum nach dem 31.12.2007 bis zum Berichtsabschluss nicht eingetreten.

6. Risikobericht

6.1. Gesamtbank- und Risikostrategie

Wie in den Vorjahren hat die Bank ihre rollierende Gesamtbankstrategie mit einem 5-jährigen Zeithorizont im Berichtsjahr überarbeitet. In diesen Prozess werden auch zukünftig alle Bereiche der Bank eingebunden, die den Vorstand hinsichtlich der Ziele, Einzelstrategien und Maßnahmen bei der Festlegung der Strategien unterstützen.

Basierend auf einer Analyse der Ausgangssituation sowie den Erwartungen für die zukünftigen Entwicklungen unterscheidet die Bank nach förderpolitischen und bankspezifischen Zielkategorien. Erstere leiten sich überwiegend aus dem Investitionsbankgesetz (IBG) ab und stellen Aufgabenübertragungen des Landes Schleswig-Holstein dar, die z.B. der Schaffung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aber auch einer intakten Umwelt dienen, der Sicherstellung der Wohnraumversorgung oder der Kreditvergabemöglichkeit der Kreditinstitute im Land, der Gründung oder Erhaltung förderungswürdiger Unternehmen und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur.

Bei den bankbezogenen Zielen werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plan- und Daten Schwankungsbreiten definiert, in denen sich das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bewegen darf.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisiko- und -profil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. Konzentrierte sich die bisherige Risikostrategie der IB im Wesentlichen auf das Kreditgeschäft, so erstreckt sich die aktuelle auf die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und berücksichtigt explizit die Risikokategorien Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko sowie Operationelle Risiken.

Im Rahmen der Einzelrisikostrategien werden die verschiedenen Maßnahmenkategorien und ihr jeweiliger situationsgerechter Einsatz erläutert. Nach Abstimmung der Inhalte mit den relevanten Bereichen des Instituts hat der Vorstand die Risikostrategie verabschiedet, sie dem Risikoausschuss der Bank zur Kenntnis gegeben und im Hause veröffentlicht.

6.2. Chancen und Risiken

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen wie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der demografischen Entwicklung und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für die Geschäftsfelder der Bank. Die Beurteilung derartiger Chancen- und Risikopotenziale findet sowohl Eingang in eine Chancen- sowie in eine Risiko-Matrix als

auch in die längerfristig angelegte Gesamtbankstrategie, in die rollierende 3-Jahresergebnisplanung sowie die einjährige Kurzfristergebnisplanung.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungsprozesse.

6.3. Risikomanagement

Die IB verfolgt das Ziel, neben den ergebniswirksamen Einflüssen der sonstigen Risikokategorien auch die Nettoeubildung der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können. Die Nettoeubildung der Risikovorsorge schwankt je nach konjunktureller Phase um den erwarteten Ausfall. In Zeiten, in denen die Nettoeubildung unterhalb des erwarteten Ausfalls liegt, dient der in dieser Periode nicht benötigte Teil des Betriebsergebnisses generell der Bildung von Vorsorge (HGB § 340 f) für die Geschäftsjahre, in denen die Nettoeubildung den erwarteten Ausfall übersteigt.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB, aus der das operationale und das regulatorische Risikodeckungspotenzial (RDP) abgeleitet werden, betrug im Geschäftsjahr 2007 das globale Risikolimit unverändert 44 Mio. €, das sich in drei Unterlimite für Adressenrisiken (35 Mio. €), Marktpreisrisiken (5 Mio. €) und Liquiditäts- und operationelle Risiken (4 Mio. €) gliedert.

Der Bereich Controlling betreut das stetig fortentwickelte Instrumentarium zur Risikosteuerung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken und die Überwachung von Kontrahenten- und Emittentenrisiken vor. Bei der Risikoüberwachung wird der Vorstand

darüber hinaus durch die Rechtsabteilung sowie durch das Management der Fachbereiche unterstützt. Außerdem erhält der Vorstand durch die Revision Hinweise zur Verbesserung seines Steuerungssystems und wird bezüglich bedeutender Risiken durch die Expertise des Steuerungsausschusses unterstützt. Entsprechend der IB-spezifischen Rahmensezung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung. Bemerkenswerte Risiken im Liquiditätsbereich bestehen nicht.

Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB kontinuierlich eine margenorientierte Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem Groß- und Klumpenrisiken im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

Im Geschäftsjahr wurden weiterhin in den Projekten „Basel II“, „Interne Preiskalkulation“ und „MaRisk“ vielfältige Aktivitäten zur Verfeinerung des Steuerungsinstrumentariums und Risikomanagements entfaltet, die aufeinander abgestimmt die Feinsteuerung hinsichtlich der Erträge, Risiken, Stückkosten und des Berichtswesens weiter optimieren.

6.4. Adressenausfallrisiken

Die IB steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht unverändert ein Limit in Höhe von 35 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings werden den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die – sofern erforderlich – umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten. Derzeit existieren verschiedene Risikoklassifizierungsverfahren, die über eine Transformationsmatrix vergleichbar gemacht werden. Der angestrebte Ansatz von integrierten, validierten Ratingverfahren ist weitgehend umgesetzt worden.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisierte strukturierte Risikoberichterstattung, die über den reinen Informationsinhalt hinausgehende Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt ebenfalls auf Monatsbasis. Darüber hinaus werden Adhoc-Berichte an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Im Bereich der Einzeladressenrisiken sind die Prozesse im originären Kreditgeschäft weiter optimiert worden und werden in dem, jedem Mitarbeiter zugänglichen, DV-gestützten integrierten Kredithandbuch dokumentiert. In den Kreditbereichen sind die aufbau- und ablauforganisatorischen Maßnahmen zur Risikoreduzierung und Bearbeitungsopti-

mierung, die im Rahmen von Prozessanalysen initiiert wurden, umgesetzt worden.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment-Grade-Bereich. Es bestehen detaillierte Vorgaben zum Erwerb derartiger Papiere hinsichtlich Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten.

Die Steuerung und Überwachung des Beteiligungsportfolios erfolgen im Vorstandsstab sowie im Controlling. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB grundsätzlich eine untergeordnete Rolle. Das Risiko liegt darin, dass aufgrund von Beschränkungen im internationalen Zahlungsverkehr, Illiquidität oder Zahlungsverweigerung von staatlichen Stellen Zins- und Tilgungsleistungen oder andere vereinbarte Leistungen nicht oder nur unvollständig bzw. verspätet in der mit dem Gläubiger vereinbarten Währung erbracht werden. Ein ausländischer Geschäftspartner kann auch der Staat selbst sein. Es existieren diesbezüglich ausgewählte Länderlimite mit überschaubaren Risiken, deren Überwachung organisatorisch sichergestellt ist.

Auch im Geschäftsjahr 2007 schlagen sich die positive konjunkturelle Entwicklung und die zurückgehenden Insolvenzen im gewerblichen Bereich in der weiter rückläufigen Risikovorsorge-Quote (siehe auch nachfolgende Tabelle) nieder.

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (Rst) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/Rst-Quote *		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €
Vorjahr	31.12.2007	Vorjahr	31.12.2007	31.12.2007
137,2	135,4	1,21%	0,99%	14,3

* bezogen auf das Kreditvolumen

6.5. Marktpreisrisiken

Das für die IB relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiko sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht. Im Bereich Treasury durchgeführte Geschäfte fließen entweder in den Anlagebestand oder in die Liquiditätsreserve.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen sowohl zur Absicherung einzelner offener Positionen (micro hedge) als auch zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

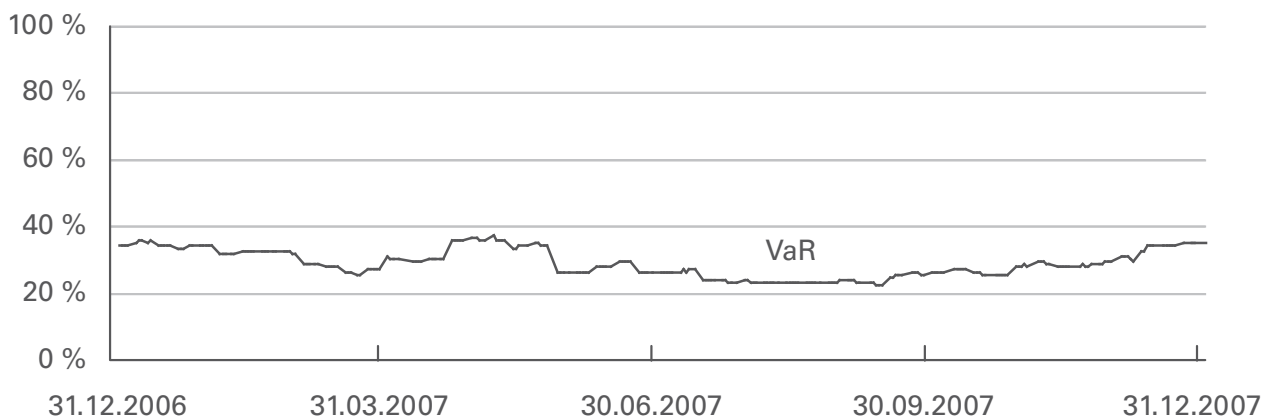
Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Die IB verwendet hierbei ein barwertorientiertes Verfahren. Der Value at Risk stellt die mög-

liche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Das Berechnungsverfahren ermittelt die mögliche Wertänderung, die bei einer eintägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % nicht überschritten würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen über die letzten 250 Handelstage verwendet. Die Risiken werden der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) in Höhe von 5 Mio. € gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, die Unternehmenssteuerung und das Treasury berichtet.

Organisatorisch ist sichergestellt, dass neuartige Produkte systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Zur Begrenzung des gesamten Marktpreisrisikos hat der Vorstand ein Risikolimit vorgegeben, das im Berichtsjahr bei zurückhaltender Ausnutzung jederzeit eingehalten wurde. Installierte Frühwarnstufen mit Berichtspflichten seitens des Controllings an den Vorstand flankieren organisatorisch die Verhinderung von Limitüberschreitungen.

Abb. 6: Entwicklung der Value-at-Risk-Auslastung Marktpreisrisiko 2007 in %



Der Value at Risk betrug per 31.12.2007 1,74 Mio €. Die durchschnittliche VaR-Limitauslastung lag für die Risiken des Treasury bei 28,3 %, bei einer Schwankungsbreite zwischen 21,5 % (Tiefstwert) und 37,0 % (Höchstwert). Das VaR-Limit wurde im Geschäftsjahr unverändert bei 5,0 Mio. € belassen.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 95 %) von einem auf den nächsten Handelstag, dem VaR, und der tatsächlich eingetretenen Ergebnisveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von 250 Handelstagen zugrunde gelegt. In 2007 lag die Anzahl der „Ausreißer“ wiederum im Rahmen der zulässigen Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des IWF bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote

von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II darf die Marktwertänderung des Portfolios 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch in 2007 jederzeit erfüllt.

Neben der Gesamtrisikobetrachtung auf VaR-Basis findet, wie bisher, eine Risikomessung im Rahmen des Basis Point Value (BPV) Ansatzes statt, für den ebenfalls ein internes Steuerungslimit besteht. Der BPV drückt die Größe aus, mit der sich der Barwert einer Position verändert, wenn sich der zugrunde gelegte Zinssatz um eine Stelle verändert. Der BPV bewegte sich im Jahr 2007 innerhalb des festgelegten Limits von 0,4 Mio. €.

Kündigungsrisiken im Zusammenhang mit Optionsklauseln in einzelnen Kreditverträgen sowie aufgrund des § 469 BGB werden von der Bank identifiziert und unter Beurteilung des damit verbundenen Risikos dem Vorstand regelmäßig zur Entscheidung über Maßnahmen vorgelegt. Das Verfahren des Managements der Kündigungsrisiken wurde im Rahmen des Basel II Projekts weiter optimiert.

6.6. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand entsprechende Entscheidungsvorschläge, aufsichtsrechtliche (wie Mindestreserve, Grundsatz II) und betriebswirtschaftliche Risiken werden dann alleinverantwortlich vom Treasury gesteuert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht das Controlling. Der Koeffizient gemäß Grundsatz II (Liquiditätsgrundsatz) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) betrug zum 31.12.2007 1,18 (Vorjahr 1,69). Er lag während des gesamten Geschäftsjahres oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Ein Liquiditätsnotfallplan regelt, welche Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses ergriffen werden sollen.

6.7. Operationelle Risiken

Die IB wird die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz gemäß Basel II ermitteln. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterhin fortlaufend verfeinert.

Im Rahmen des Projekts „Basel II“ wurde das Thema Operationelle Risiken grundlegend überarbeitet mit dem Ziel, Risiken und Schäden noch konsequenter mit verbesserten technischen Mitteln zu managen. Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen. Die Maßnahmen zur Verminderung operationeller Risiken sowie von Schäden in diesem Zusammenhang werden systematisch weiter entwickelt.

Im organisatorischen Bereich wurden diverse Regelungen den aktuellen Gegebenheiten entsprechend angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Durch gezielte Maßnahmen wurde die Datenqualität auch weiterhin aufgrund systematischer Untersuchungen angehoben. Aktualisierungen bestehender Anwendungen durch Software-Updates führten regelmäßig auch zur Reduzierung operationeller Risiken, insbesondere durch eine weitere Verringerung manueller Arbeitsschritte.

Um Risiken im Bereich Personal zu minimieren, verfügt die Bank über Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Programme stellen

eine adäquate Ressourcensteuerung sicher, die durch die Personalkommission gefördert und überwacht wird. Für einen Großteil der Mitarbeiter wurden Schulungsveranstaltungen durchgeführt, um die Qualifizierung auf den aktuellen Stand zu befördern.

Den Rechtsrisiken begegnet die IB insbesondere durch die Verwendung von Standardverträgen, regelmäßige Einzelvertragsprüfungen, der laufenden Anpassung der Vertragsdokumentationen an die jeweils herrschende Rechtsprechung, die systematisch durch den Bereich Recht beobachtet und an die zuständigen Stellen in der Bank zeitnah kommuniziert wird.

Die geregelte Projektorganisation der Bank stellt die erfolgreiche Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch qualitätssichernde und überwachende (Zeit, Kosten und Ergebnisse) Institutionen organisatorisch sicher und identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Die Steuerung der Projekte erfolgt durch den monatlich tagenden Produkt- & Projektausschuss, dem auch der Vorstand angehört. Durch gezielte individuelle Maßnahmen (z.B. Seminare, Coaching, Fachliteratur) und die Ausweitung der in Projekten beteiligten Mitarbeiter wird die Qualifizierung für derartige Aufgabenstellungen kontinuierlich auf eine breitere Basis gestellt.

Der Ausschuss für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz trägt mit seiner Tätigkeit dazu bei, Risiken dieser Art transparent zu machen und durch Präventivmaßnahmen zu minimieren.

7. Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB wird in den nächsten zwei Jahren (Prognosezeitraum) folgende Entwicklung erwartet.

Die Voraussetzungen einer Fortsetzung des positiven Konjunkturverlaufs in Deutschland werden für 2008 weiterhin als günstig eingeschätzt. Allerdings wird vor dem Hintergrund anhaltender Turbulenzen an den Finanzmärkten mit einer gewissen Abschwächung der weltwirtschaftlichen Dynamik gerechnet. Weitere Risiken liegen in den erheblich gestiegenen Energiepreisen sowie in der sich abschwächenden Konjunktorentwicklung in wichtigen Exportländern. Es wird erwartet, dass sich die Investitionstätigkeit der ansässigen Unternehmen aufgrund von Vorzieheffekten im Zusammenhang mit den befristeten Abschreibungserleichterungen vorübergehend abschwächt. Dagegen lässt die anhaltend günstige Arbeitsmarktentwicklung eine Belebung der privaten Konsumnachfrage erwarten. Insgesamt wird mit einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,7 % gerechnet, das damit leicht unter dem des Vorjahres erwartet wird.

Im Bereich der allgemeinen Wohnraumförderung wird ein speziell zugeschnittenes Produkt für Eigentümergeinschaften zur Modernisierung ihrer Wohnungen angeboten. Da die Beschlussfassungen über Modernisierungsmaßnahmen in der Regel in den in der ersten Jahreshälfte stattfindenden Eigentümersammlungen erfolgen, wird ab Jahresmitte eine deutliche Nachfrage nach diesem Produkt erwartet.

In einem Arbeitskreis des Verbandes Öffentlicher Banken (VÖB) arbeitet die IB gemeinsam mit anderen Förderbanken an einer gemeinsamen Entwicklung einer Immobilienrente. Es wird davon ausgegangen, dieses Produkt noch im Jahr 2008 in die Markteinführungsphase zu bringen.

Die Einführung des schleswig-holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes (SHWoFG) befindet sich in Vorbereitung. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass die Fördermittel in der sozialen Wohnraumförderung dadurch weiter an Attraktivität gewinnen.

Die mit der Einbindung der Städtebauförderung in den Bereich Immobilien angestrebte Verzahnung von städte- und wohnungsbaulicher Förderung soll weiter vorangetrieben werden.

Im Bereich Wirtschaft wird erwartet, dass sich auch der neu aufgelegte EFRE Risikokapitalfonds Schleswig-Holstein II erfolgreich etablieren kann. Ergänzend hierzu wird die Gründung eines Mittelstandsfonds angestrebt. Ziel dieses Fonds ist es, Eigenkapitallücken mittelständischer Unternehmen auch in Hinblick auf größere Beträge zu schließen.

Auf dem Gebiet „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP) werden neben der Beratung und Betreuung auch Finanzierungsbeiträge angestrebt. Ferner ist der Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes von Förder- und weiteren öffentlich-rechtlichen Banken (PartnerRegio-Konzept) als Pendant und Schnittstelle zur Bundesinitiative Partnerschaften Deutschland GmbH (PDG) geplant. Vorgesehen ist weiterhin, sich mit der Entwicklung eigener Produktangebote zu befassen.

Bei der Durchleitung von Programmkrediten der KfW und Landwirtschaftlichen Rentenbank wird das hohe Niveau des vergangenen Geschäftsjahres erwartet. Darüber hinaus soll die Vergabe von Globaldarlehen und Einzelrefinanzierungen an Kreditinstitute weiter intensiviert werden.

Eine der Hauptaufgaben der EU-Förderung im Jahr 2008 wird der Beginn des neuen transnationalen Programms im Ostseeraum sein. Die erste Ver-

gaberunde für Förderanträge der neuen Programmperiode 2007–2013 wurde am 25.02.2008 gestartet, so dass mit ersten Entscheidungen für Projekte in diesem Jahr gerechnet werden kann.

In Bezug auf die Beteiligung an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NordwestLotto) ist festzustellen, dass das deutsche Glücksspielwesen auch nach Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages (GlüStV) von rechtlichen Unsicherheiten geprägt ist.

Es ist derzeit unklar, ob das Bestreben der Bundesländer, mit dem Glücksspielstaatsvertrag der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer verfassungskonformen Ausgestaltung des staatlichen Glücksspielmonopols nachzukommen, von Erfolg gekrönt wird. Zwar wurde der Glücksspielstaatsvertrag (GlüStV) zum Jahresende 2007 von allen Landesparlamenten ratifiziert, so dass er zum 1. Januar 2008 in Kraft treten konnte. Aber sowohl die privaten Spielvermittler als auch das Bundeskartellamt sowie die EU Kommission haben zumindest in einigen Punkten Bedenken gegen den Staatsvertrag geäußert sowie ihrerseits ein Vorgehen gegen diesen angekündigt.

Durch das Verbot des Internetspiels sowie aufgrund der geforderten Einschränkungen im Werbetauftritt können Umsatz- sowie Ertragseinbußen nicht ausgeschlossen werden.

Im Jahr 2008 sind erste Investitionen zur Einführung von SAP/ABAKUS geplant. Eine entsprechende Projektbegleitung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ausgeschrieben.

Im Rahmen eines Projektes wird die Einführung eines neuen Beurteilungs- und Zielvereinbarungssystems für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorbereitet. Im Zuge der Weiterentwicklung unserer Geschäfts- und Personalpolitik wird die Mitarbeiterführung über klare Stellenanforderungen und Zielvereinbarungen einen wesentlichen Baustein zur Steigerung der Ertragskraft der Bank darstellen. Es wird – noch stärker als bisher – zur hervorgehobenen Führungsaufgabe, die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Unternehmensziele zu fokussieren.

Durch den weiteren Aufbau des Bereiches Arbeitsmarkt- und Strukturförderung sowie die Übernahme der Verwaltung von EU-Programmen ist für das Jahr 2008 ein weiterer Personalaufbau geplant.

Im Prognosezeitraum wird im Kreditgeschäft eine weiterhin positive Ertragsentwicklung erwartet. Es wird davon ausgegangen, Ergebnisse vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten innerhalb der in der Strategie formulierten Bandbreiten zu erzielen.

Kiel, 12.03.2008



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bilanz

Investitionsbank Schleswig-Holstein Jahresbilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.563,25		897,24
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		896.060,41		994.641,96
darunter:			897.623,66	995.539,20
bei der Deutschen Bundesbank	896.060,41			
	(Vorjahr 994.641,96)			
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		39.386.028,26		43.173.661,63
b) andere Forderungen		2.779.977.810,37		2.483.455.927,39
			2.819.363.838,63	2.526.629.589,02
3. Forderungen an Kunden			6.988.852.302,36	6.435.405.564,86
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	6.167.183,09			
	(Vorjahr 8.598.388,97)			
Kommunalkredite	2.498.774.904,71			
	(Vorjahr 2.022.754.985,91)			
durch Schiffspfandrechte gesichert	0,00			
	(Vorjahr 0,00)			
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von anderen Emittenten		20.250.204,92		
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.250.204,92			
	(Vorjahr 0,00)			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von anderen Emittenten		1.893.946.476,49		
darunter:			1.914.196.681,41	1.083.473.833,39
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.822.175.972,92			
	(Vorjahr 1.083.473.833,39)			
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			10.230.267,17	0,00
6. Beteiligungen			24.715.851,53	6.433.452,13
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			60.124.361,90	60.124.361,90
8. Treuhandvermögen		962.467.997,80		
darunter:			962.467.997,80	928.209.313,75
Treuhandkredite	948.054.110,76			
	(Vorjahr 919.019.231,96)			
9. Immaterielle Anlagewerte			2.462.634,31	1.611.514,80
10. Sachanlagen			9.925.437,92	10.385.598,53
11. Sonstige Vermögensgegenstände			4.830.380,06	5.594.550,87
12. Rechnungsabgrenzungsposten			9.752.362,65	13.237.418,59
Summe der Aktiva			12.807.819.739,40	11.072.100.737,04

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		118.499.777,32		258.547.923,11
b) mit vereinbarter Laufzeit		8.804.404.936,53		7.165.157.764,99
			8.922.904.713,85	7.423.705.688,10
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		26.849.660,16		45.022.573,41
b) mit vereinbarter Laufzeit		413.637.488,62		188.681.771,15
			440.487.148,78	233.704.344,56
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			389.978.162,12	407.271.055,99
4. Treuhandverbindlichkeiten		962.467.997,80		
darunter:			962.467.997,80	928.209.313,75
Treuhandkredite	948.054.110,76			
	(Vorjahr 919.019.231,96)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			13.967.244,16	5.493.230,27
6. Rechnungsabgrenzungsposten			99.513.812,02	115.134.148,67
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		30.153.094,00		29.285.062,00
b) andere Rückstellungen		13.695.768,85		10.747.533,13
			43.848.862,85	40.032.595,13
8. Fonds für Zinsausgleich			889.945.625,46	892.924.625,46
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		919.408.328,17		905.264.026,87
c) Gewinnrücklagen		19.361.708,24		14.453.293,99
d) Bilanzgewinn		5.936.135,95		5.908.414,25
			1.044.706.172,36	1.025.625.735,11
Summe der Passiva			12.807.819.739,40	11.072.100.737,04
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			624.645.902,54	369.651.077,16
b) Unwiderrufliche Kreditzusagen			710.573.446,89	389.003.569,96

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		470.474.616,36			375.368.772,04
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		69.034.796,74			28.787.785,62
			539.509.413,10		404.156.557,66
2. Zinsaufwendungen			479.576.850,71		344.868.452,90
				59.932.562,39	59.288.104,76
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen				286.311,70	1.152,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen				4.946.063,51	4.984.613,37
4. Provisionserträge			14.315.575,93		12.102.651,00
5. Provisionsaufwendungen			11.425.373,38		9.623.439,99
				2.890.202,55	2.479.211,01
6. Sonstige betriebliche Erträge				8.246.897,60	7.100.417,90
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		20.552.639,96			19.448.622,96
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		5.881.309,93			7.964.161,73
darunter:			26.433.949,89		27.412.784,69
für Altersversorgung	2.483.824,63				
	(Vorjahr 4.367.838,13)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			12.407.078,15		12.572.889,99
				38.841.028,04	39.985.674,68
8. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				1.539.294,36	1.605.492,97
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				3.393.210,51	574.748,68
10. Abschreibungen und Wertberichtigun- gen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				26.485.953,86	25.822.369,19
11. Abschreibungen und Wertberichti- gungen auf (im Vorjahr: Erträge aus Zuschreibungen zu) Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				90.716,89	59.322,00
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				5.951.834,09	5.924.535,52
13. Sonstige Steuern				15.698,14	16.121,27
14. Jahresüberschuss				5.936.135,95	5.908.414,25
15. Gewinn-/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
16. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
17. Bilanzgewinn				5.936.135,95	5.908.414,25

Anhang

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein und unterstützt das Land bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben in der Regel in Schleswig-Holstein.

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Einhaltung der KWG-Grundsätze

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein hat die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität

der Kreditinstitute nach dem Kreditwesengesetz (KWG) jederzeit eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der Investitionsbank ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) erstellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgt nach den Vorschriften der §§ 252 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip), Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen werden von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Agien und Disagien werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht.

Bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. € 1.651,9 (Vj. Mio. € 831,9) und einem beizulegenden Zeitwert von Mio. € 1.625,1 (Vj. Mio. € 824,9) sowie bei Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von Mio. € 9,9 und einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von Mio. € 8,8 wird unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips auf Abschreibungen verzichtet, da sich die Bonität der Emittenten im Berichtsjahr nicht verschlechtert hat.

Die Bank hält Schuldscheindarlehen mit einem Nominalwert von Mio. € 659,9 (Vj. Mio. € 568,4) als Liquiditätsreserve im Bestand.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um die erforderlichen Abschreibungen, bilanziert.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Unter „Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31.12.2007 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die im Zweckvermögen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit dem steuerlich zulässigen Teilwert der Verpflichtungen für Pensionszahlungen und Pensionsanwartschaften mit einem Zinssatz von 5,5 % bewertet. Dabei kommen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zur Anwendung.

Für tarifvertraglich geregelte Vorruhestandsverpflichtungen besteht eine angemessene Rückstellung.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der Investitionsbank dar.

Für die in den Jahren 1995 bis 1998 herausgelegten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 i.V.m. § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Zum Bilanzstichtag fand eine Überprüfung des Abzinsungssatzes für die langfristigen un- bzw. niedrigverzinslichen Forderungen statt, die zu einer Anpassung von 7,5 % auf 5,5 % führte. Die sich hieraus ergebenden Auflösungsbeträge wurden im Wesentlichen der Bewertungsreserve für das zukünftige unterverzinsliche Neugeschäft zugeführt. Darüber hinaus ergab sich eine Ergebnisverbesserung in Höhe von Mio. € 2,9.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank hat Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung einzelner Positionen wie auch der Gesamtzinsposition abgeschlossen. Die Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen werden brutto bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen ausgewiesen.

Die Bank macht Gebrauch von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB.

Derivative Geschäfte

Das Derivategeschäft der Investitionsbank wurde im Berichtsjahr weiter ausgeweitet. Die Bank hat sich dabei auf den Abschluss von Zinsswaps beschränkt. Zum Jahresende hat die Bank Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von Mio. € 4.953,1 (Vj. Mio. € 2.899,3) im Bestand. Sämtliche Geschäfte wurden mit Banken mit Sitz in einem OECD-Land abgeschlossen. Der überwiegende Teil des Bestandes Mio. € 2.759,9 (Vj. Mio. € 2.085,8) hat eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Nach der Laufzeitmethode (§ 11 Grundsatz I) entspricht diesem Nominalvolumen ein Kreditäquivalent von Mio. € 308,3 (Vj. Mio. € 221,9).

Die Bewertung zum Jahresende nach der Mark-to-Market-Methode hat für diesen Bestand positive Marktwerte in Höhe von Mio. € 65,5 (Vj. Mio. € 61,1) und negative Marktwerte in Höhe von Mio. € 46,0 (Vj. Mio. € 27,0) ergeben.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zu Bilanzaktiva	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzaktiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf:		
▶ andere Forderungen an Kreditinstitute		
▶ weniger als 3 Monate	94,3	101,8
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	162,9	103,5
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	944,5	817,8
▶ mehr als 5 Jahre	1.578,3	1.460,4
▶ Forderungen an Kunden		
▶ weniger als 3 Monate	287,0	205,4
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	176,1	151,3
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.312,0	1.104,0
▶ mehr als 5 Jahre	5.213,8	4.974,7
▶ darunter mit unbestimmter Laufzeit	101,0	189,9
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	47,4	43,1
Verbundene Unternehmen		
In den Forderungen an Kunden ist folgender Betrag enthalten:	5,0	5,0
Nachrangige Forderungen		
Nachrangige Forderungen werden ausgewiesen in:		
▶ Forderungen an Kreditinstitute	62,9	50,1
▶ Forderungen an Kunden	31,1	29,5
▶ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	76,3	40,2
Angaben zu den Wertpapieren		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere:		
a) Geldmarktpapiere		
▶ börsenfähig und börsennotiert	20,3	0,0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
▶ börsenfähig und börsennotiert	1.878,3	1.083,5
▶ börsenfähig, nicht börsennotiert	15,6	0,0
▶ im Folgejahr fällig	279,0	195,2
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
▶ börsenfähig und börsennotiert	10,2	0,0

Angaben zu Bilanzaktiva	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Treuhandvermögen		
Das Treuhandvermögen betrifft:		
▶ Forderungen an Kreditinstitute		
▶ täglich fällig	14,1	9,2
▶ andere Forderungen	0,0	0,0
▶ Forderungen an Kunden	948,4	919,1
Sonstige Vermögensgegenstände		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ Anzahlungen auf erworbene Forderungen	3,3	3,6
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ aus Agioabgrenzung	9,5	12,9
▶ aus Disagioabgrenzung	0,1	0,1

Anlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte	Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	Darunter: eigengenutzte Grundstücke und Gebäude
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	3,0	6,1	8,4	8,3
Zugänge	1,4	0,5	0,1	0,1
Abgänge	0,0	0,1	0,0	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	1,9	4,2	0,9	0,9
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,6	0,8	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2007	2,5	2,3	7,6	7,5

Finanzanlagen

	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Wertpapiere des Anlagevermögens ¹⁾	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ²⁾
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Buchwert 01.01.2007	6,4	60,1	1.073,7	0,0
Zugänge	18,3	0,0	1.144,8	9,9
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,6	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	1,1	0,0
Abgänge	0,0	0,0	326,6	0,0
Buchwert 31.12.2007	24,7	60,1	1.891,4	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet Zinsabgrenzungen in Höhe von 22,8 Mio. €.

²⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet fällige Zinsen in Höhe von 0,3 Mio. €.

Angaben zu Bilanzpassiva	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Aufgliederung nach Restlaufzeiten		
Die Bilanzpassiva gliedern sich wie folgt nach Restlaufzeiten auf:		
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ weniger als 3 Monate	559,0	206,2
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	347,0	169,4
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.501,3	1.820,3
▶ mehr als 5 Jahre	5.397,2	4.969,3
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ weniger als 3 Monate	9,5	43,5
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	1,2	0,0
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6,6	5,2
▶ mehr als 5 Jahre	396,3	140,0
Aufgliederung der Bundesschuld nach Restlaufzeiten		
Die Bundesschuld gliedert sich nach Restlaufzeiten wie folgt auf:		
▶ weniger als 3 Monate	6,5	9,8
▶ 3 Monate bis 1 Jahr	6,9	8,8
▶ mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	48,0	68,1
▶ mehr als 5 Jahre	328,6	320,5
Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände		
Es wurden Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten abgetreten:	460,9	515,1
Verpfändung von Wertpapieren an die Deutsche Bundesbank:	454,6	10,2
Treuhandverbindlichkeiten		
Die Treuhandverbindlichkeiten betreffen:		
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
▶ täglich fällig	0,8	1,1
▶ andere Verbindlichkeiten	62,9	79,8
▶ Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
▶ täglich fällig	12,9	T€ 2,5
▶ andere Verbindlichkeiten	885,8	847,3
Sonstige Verbindlichkeiten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ Verbindlichkeiten aus Zuschussgewährung EFRE-Fonds	11,6	3,6
▶ Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1,4	1,2

Angaben zu Bilanzpassiva	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
Rechnungsabgrenzungsposten		
In dem Ausweis sind enthalten:		
▶ aus Disagioabgrenzung	62,9	75,4
▶ aus Forderungsankauf zum Barwert	30,1	32,7
▶ aus der Vorfinanzierung von Baudarlehen	0,2	1,2
Angaben zu Unterstrichposten		
Eventualverbindlichkeiten		
▶ Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um Kreditbürgschaften.	624,6	369,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen		
▶ Es bestehen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft für Bau- und Aufwendungsdarlehen.	710,6	389,0
Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung		
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
▶ Erstattung von Bearbeitungsentgelten für die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe	2,3	0,0

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	Weiblich	Männlich	Insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	222	173	395	395
davon Teilzeitbeschäftigte	90	8	98	91

Kredite an Mitglieder der Organe

	31.12.2007 Mio. €	31.12.2006 Mio. €
▶ Vorstand	0,2	0,3
▶ Verwaltungsrat	0,2	0,3

Sämtliche Kredite wurden zu marktüblichen Bedingungen vergeben.

Angaben zu früheren Mitgliedern der Organe

Für frühere Mitglieder der Organe ist unter den Pensionsrückstellungen ein Betrag in Höhe von Mio. € 0,3 berücksichtigt.

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Eigenkapital in T€ ^{1) 2)}	Anteil am Kapital in v. H.	Davon: Ergebnis in T€ ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	22.051	24,0	951
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	31	100,0	2
NordwestLotto Schleswig-Holstein, GmbH & Co. KG, Kiel	3.961	100,0	5.035

Anmerkung:

¹⁾ Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾ Vorjahreszahlen

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Vorsitzender
Lutz Koopmann, Altenholz

Dr. Klaus Rave, Kronshagen

Gewährträgerversammlung

Bestellte Mitglieder

Vorsitzender
Rainer Wiegard
Finanzminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Stellvertretender Vorsitzender
Dietrich Austermann
Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Ralf Stegner
Innenminister des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel
(bis 15.01.2008)

Uwe Döring
Minister für Justiz, Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ständige Vertreter der bestellten Mitglieder

Dr. Arne Wulff
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Karin Wiedemann
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

Ulrich Lorenz
Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Verwaltungsrat

Vorsitzender
Dr. Arne Wulff
Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

1. Vertreterin des Vorsitzenden
Karin Wiedemann
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-
Holstein, Kiel

2. Vertreter des Vorsitzenden
Ulrich Lorenz
Staatssekretär im Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser
Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Arbeit
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Hellmut Körner
Staatssekretär im Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Ernst-Wilhelm Rabius
Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein, Kiel

Jan-Christian Erps
Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Landesverbände, Kiel

Dr. Jörn Biel
Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Indus-
trie- und Handelskammern, Kiel

Von den Betriebsangehörigen gewählte Mitglieder

Ulrich Adolf, Kiel
Axel Barkow, Trappenkamp
Patricia Friedrichs, Kiel
Silke Jahn, Holtsee (ab 01.07.2007)
Knuth Lausen, Kiel (bis 30.06.2007)

Mandate der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsgremien

Lutz Koopmann
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein GmbH
Lorentzendam 21
24103 Kiel

Thyen, Theilen & Partner AG Steuerberatungs-
gesellschaft
Rathausplatz 15
24937 Flensburg

Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 7
24103 Kiel (ab 30.08.07)

Dr. Klaus Rave
Energie Systeme Nord GmbH
Ingenieurunternehmen für Energie und Umwelt-
technik
Lise-Meitner-Straße 25–29
24223 Raisdorf

Kiel, den 12. März 2008



Lutz Koopmann
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Klaus Rave

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des IBG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des IBG und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kiel, den 17. März 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gero Martens
Wirtschaftsprüfer

ppa. Heimo Heimann
Wirtschaftsprüfer



Ausschnitt aus „Auf dem roten Teppich II“ von Brigitta Borchert, 29 x 21 cm



Brisilla
Borohot
2006

Impressum

Herausgegeben von
der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Telefon 04 31 / 99 05 - 34 48
oder 04 31 / 99 05 - 34 81

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Druck

Druckzentrum AC Ehlers

**Investitionsbank
Schleswig-Holstein**

Postfach 1128
24100 Kiel
Fleethörn 29–31
24103 Kiel

Tel. 04 31/99 05 - 0
Fax 04 31/99 05 - 33 83
info@ib-sh.de
www.ib-sh.de



IB.Büros

Flensburg

Friesische Straße 1–9
Tel. 04 61/14 48 60

Eutin

Königstraße 2
Tel. 04 521/77 46 38

Kiel

Fleethörn 29–31
Tel. 04 31/99 05-0

Itzehoe

Hanseatenplatz 5
Tel. 04 821/6 77 70

Lübeck

Fackenburger Allee 2
Tel. 04 51/79 98 60

Neumünster

Großflecken 26
Tel. 04 321/48 88 30

Norderstedt

Rathausallee 31
Tel. 040/5 26 83 00

Rendsburg

Jungfernstieg 25
Tel. 04 331/12 25 44

Ahrensburg

Beimoorkamp 6
Tel. 04 102/45 82 33

Schleswig

Michaelisstraße/
Carstengang 2
Tel. 04 621/98 97 71

Elmshorn

Ramskamp 71–75
Tel. 04 121/47 15 50

Schwarzenbek

(Rathaus)
Ritter-Wulf-Platz 1
Tel. 04 151/89 43 90

Standorte außerhalb Schleswig-Holsteins

Rostock

Grubenstraße 20
Tel. 03 81/4 54 84 52 81

IV-Riga

(in Kooperation mit der State
Regional Development Agency,
Lettland)

Ausekļa iela 14,
4th and 5th floor
Tel. +371 735 7368

B-Brüssel

50, Rue Wiertz
Tel. +32 22 30 72 24



Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29–31

24103 Kiel

Tel. 04 31 / 99 05 - 0

www.ib-sh.de